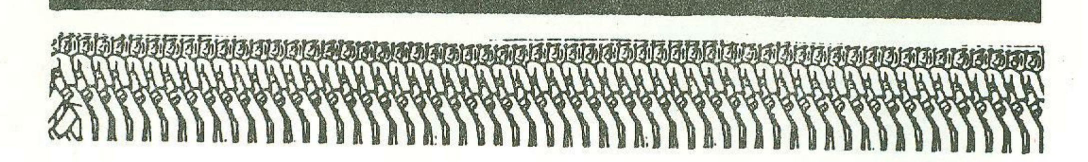
ALLES WIRD GUT!

zeitung der freien arbeiter - union / rätekommunisten

nummer 2

MÄNNCHENREIHE



Kaum wagen es nach einiger Pause die immer mißverstanden worden seienden und darum kaum noch sich trauenden ehemaligen Ortsgruppen der ehemaligen Freien Arbeiter-Union, jener FAU, die sich (natürlich mißverstanden) seinerzeit scherzeshalber mit ML (für Massenlinie) bezeichnete, mit anderen Worten: wagt es die aus der und den Erwähnten bzw. Teilen und/oder Resten derselben und anderen bestehende FAU/R (nicht zu verwechseln mit der früheren IFAU, jetzigen FAU), ihre gramgebeugte Stimme auch öffentlich zu erheben - und zwar zur Abwechslung mal nicht mehr in einer Zeitung DIREKTE AKTION, sondern in einer des neuen Namens ALLES WIRD GUT, da erwachen verschreckt die Gralshüter des hehren Anarcho-Syndikalismus aus gepflegter Ruhe, da ereifern sich Puristen des unbefleckten Anarchismus, da hagelt es Drohung und Häme wie einst. Sind sie doch wieder da, jene, die totgeglaubt. Und haben nichts dazugelernt, wollen nicht lassen vom Kürzel FAU, obwohl doch ihnen ausdrücklich abgeraten worden war: "Nennt euch doch irgendwie anders, AAU zum Beispiel." (Zitat vom Nordtreffen der IFAU in Hannover am 9.10.83, auf dem auch FAU/R-Vertreter weilen durften.)
Ja und dann wird drauflosgedroschen und zwar rein inhaltlich: Die Männchenreihe
Auch bei uns haben einige Bauchschmerzen beim Anblick dieser Phalanx gleichförmiger Marschierer. Die "message" ist aber ne andere. Ursprünglich tauchten die Männchen in den Zwanziger Jahren auf nem antifaschistischen KPD-Plakat (oder auch SPD, der Fälscher...) auf - und auch wir haben sie zuerst auf Plakaten gleicher Stoßrichtung verwendet. Unverändert, nur daß jedes zweite Hammer und Sichel durchs eingekringelte A ersetzt wurde. Das hat was mit unserer Zusammensetzung und unseren Zielvorstellungen zu tun. Mag man das schön finden oder weniger - nicht jeder hat was für den sozialistischen Realismus übrig - aber diese Tradition, die ja nicht seit Urbeginn eine stalinistische ist (wie anders wären sonst im Marschrhythmus zu singende Arbeiterlieder zu erklären), durch das Abdrucken der gleichen Männchenreihe mit Hakenkreuzarmbinden zu den Hammer-Sichel -Symbolen in den Schmutz zu ziehen und die im Text des Flugblatts "GUTE NACHT" gemachte Unterstellung, wir würden auch mit Faschisten marschieren, scheint uns weder libertär noch anarchistisch.

Und dann zum Spanienartikel Nicht zu verwundern, daß in der Bruder/Schwester-Organisation der CNT, der FAU nämlich, deutsche Sektion der IAA usw. usf., dem Experten aufgefallen ist, daß der Artikel "abgekupfert" (nein! - geklaut) wurde. Entgegen der Ansicht eines Pjotr Ratskeller in der DIREKTEN AKTION Nr. 49, S. 15, gibt er jedoch keineswegs die "Meinung der Redaktion" wieder, sondern die der Internationalen Kommunistischen Strömung (IKS). Wir haben den Artikel deshalb nicht kenntlich gemacht, um seine inhaltliche Diskussion zu fördern. Sonst wäre ja gleich gekommen: "Das kommt von den Trotzkisten, das braucht man nicht zur Kenntnis nehmen."
Und daß uns diese Absicht gelungen ist, beweisen die Reaktionen auf diesen Artikel. Die Genossen von der (I)FAU aber haben nun einen weiteren "Beweis", daß wir eine ML(!)-Organisation sind. Bloß war da eh nix anderes zu erwarten gewesen, gelle?
Und die Mao-Zitate Ja, wir stehn immer noch auf den alten Knaben. Er scheint uns ein ehrlicher Kommunist und Revolutionär gewesen zu sein und hat wahrlich manch gülden Wort geprägt. Solln wir uns deshalb schämen? Mao zu zitieren ist ein Teil unserer Tradition, auch und gerade als Anarchisten. Weil wir unter Anarchismus keinen umgekehrten Dogmatismus begreifen, sondern den Weg zur Befreiung des Menschen durch den Menschen.
Erdreistet sich also eine Gruppe sich revolutionär einschätzender Anarchisten und Rätekommunisten, die aus dem Schoß der IFAU geradezu geschleudert wurden, diese Herkunft, die ja nicht zufällig ist, zu benennen und ihren alten Namen beizubehalten (die auf dem Osterkongreß 1980 anwesenden Ortsgruppen der IFAU erklärten die Initiativ-Phase für beendet und konstituierten sich als FAU) dann wird sie munter aufs Haupt geschlagen und die die alten Bezüge nicht kennen könnenden Jung-Anarchosyndikalisten, die vielleicht dichter an uns dran sind, als manchen lieb (warum sonst das Gegeifer), kriegen über die eigene Organisation keine Chance, ihre Inhalte kennenzulernen.

...sondern erfährt allenfalls von denen, die es besser wissen, daß es eine FAU/R nicht gibt.
Woher diese Haltung rührt und welch unselige Tradition des Verschweigens und Verfälschens hinter dieser Haltung steht, wollen wir im ersten Teil des folgenden Artikels aufzeigen.

Für die Unwahrheit aber
sind auf die Dauer immer
zwei verantwortlich:
derjenige, der sie in die
Welt setzt, und derjenige,
der sie hinnimmt.

(Hartmut Gründler)

Der Kampf der Anarchosyndikalisten gegen die gemeine Realität der BRD

1. Die Wiederbelebung des libertären Lagers

Mitte der sechziger Jahre, war die illegale KPD zur fast völligen Bedeutungslosigkeit abgesunken. Gleichzeitig entwickelte sich aber, zumeist unter der studentischen Jugend, gegen die autoritäre Vermittlung des kapitalistischen Antikommunismus adenauerscher Prägung, das Bedürfnis, sowohl den Kapitalismus als auch den autoritäten Kommunismus in den Ländern des RGW zu kritisieren und theorietisch zu überwinden. Die Integrationskraft der SPD hatte durch die große Koalition einen Einbruch erlitten, der in den Notstandsgesetzen und in der Unterstützung reaktionärer Regimes sich abzeichnende Wille, Widerstand gegen den antikommunistischen BRD-Konsens niederzuschlagen oder zu mißachten, brachten der außerparlamentarischen Opposition tausende von Anhängern.
Die Anarchisten trennte ihre Radikalität und ihre antiautoritäre Überzeugung vom Rest der Bewegung zunehmend ab. Gewaltfreie anarchistische Strömungen wurden kaum und dann nur von einigen Altanarchisten vertreten. Mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR nimmt die Auseinandersetzung zwischen dem antiautoritären Lager und den "Realsozialisten" an Schärfe zu. Die Gründung der DKP ist da nur noch der Ausdruck der auch organisatiorischen Trennung der breiten Bewegung der APO.

Die Gewerkschaften verfallen wieder in den alten Antikommunismus; einige Arbeiter versprechen sich von der DKP eine Rückkehr der klassenkämpferischen KPD; die dem Realsozialsimus gegenüber kritischen Elemente bilden einerseits die Vorläufer der ML-Organisationen und orientieren sich an China. Andererseits sammeln sie sich weitgehend unoganisiert in der anarchistischen Bewegung. In losen Gruppen wird eine Kapitalismus-Kritik von verschiedenen Angriffspunkten aus versucht: Stadtteilgruppen, Jugendzentrums-, Universitäts- und Schul-, Subkultur-, Sexualpolitik– und als Exoten auch einige Arbeiter-Zellen bilden sich. Während sich die neugegründeten kommunistischen Gruppen, ob China- oder RGW-Anhänger, der Arbeiterklasse zuwenden, in die Betriebe gehen– lassen sich die Anarchisten aus Betrieb und Gewerkschaft rausschmeissen und entwerfen lumpenproletarische

2. Die Gründungsphase der Initiative Freie Arbeiter-Union

Nach Francos Tod, regte sich die anarchistische Szene in Spanien sofort und eindrucksvoll. Die CNT machte Kundgebungen mit zigtausend Menschen und reorganisierte ihre gewerkschaftlichen Organe.
Die Auswirkungen dieser Entwicklungen machten sich in der BRD unter anderem durch Solidaritätskomitees bemerkbar, die 1976 eine Rundreise mit spanischen Genossen der CNT durch die BRD organisierten, woraufhin sich in verschiedenen Orten Komitees gründeten, die ideologisch an die Tradition der deutschen Anarchosyndikalisten der Weimarer Republik anknüpfen wollten und die sich durch das Beispiel Spanien angesporn sofort daran machten, das anarchosyndikalistische Gewerkschaftsmodell auf die BRD zu übertragen.
Was die MLer in ihrer Frühzeit als Proletkult eingeführt hatten, feierte fröhlich Urständ in der Arbeiterselbstverwaltungslosung von Studenten und Schülern.

Die anarchistischen Gruppen in der BRD, in der Studentenbewegung entstanden, hatten schon immer darunter gelitten, das sie in der überwiegenden Mehrzahl aus allem, nur nicht oder nur zu ca. 15-20 % aus Arbeitern bestanden. Dementsprechend war auch die Zusammensetzung der initiative FAU von Anfang an dadurch geprägt, daß sich zwar einige Wortführer in ihr befanden, die zum Teil arbeiteten – aber der große Rest aus allen möglichen Zusammenhängen kam und sich in der IFAU eigentlich nur zusammengefunden hatte, weil sie sich vom spanischen Beispiel der anarchosyndikalistischen CNT einen Sammlungseffekt auf die deutsche Anarchistenszene versprachen. Ein Zusammenhang, der sich nach 10 Jahren fruchtloser Gruppengründungen und ihrem regelmäßigen Verfall enger gestalten sollte als bisher. Und von dem sich viele einen organisatorischen Zusammenhang erhofften, der alle Libertären unter einem Dach vereinen sollte.
Randgruppenstrategien.
Organisationsversuche der Anarchisten verlaufen ergebnislos, weil die zusammengewürfelten Arbeitsfelder ohne übergreifende Theorie nicht auf Dauer zu verbinden sind. Alle paar Wochen oder Monate werden neue Organisationen und Dachverbände gegründet und zerfallen wieder. Über alternatives Landleben und die praktischen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt, entsteht langsam die gewaltfreie Linie– die Alternative dazu sind anarchistische Zirkel, die bewaffnete Angriffe gegen Staat und Kapital durchführen und propagieren.
Die rein anarchistischen Gruppen, die sich theoretisch auf die Klassiker des Anarchismus berufen, verschwinden im Lauf der 70er Jahre immer mehr zugunsten von erst "undogmatischen" und schließlich "autonomen" Gruppen, die ihre Ideologien von überall beziehen.

Die Grundlage für die Gründung der IFAU lag also nicht in der wissenschaftlichen Untersuchung der Lage des Proletariats oder der gesamtgesellschaftlichen Zustände in der BRD 1977, es gab keine Klassenanalyse aus der sich zwingend die Notwendigkeit einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft hier und heute ergab, sondern das Projekt entstand, wie es auch heute noch in der Arbeitsgrundlage der FAU nachzulesen ist: **"Der Ausgangspunkt der Entstehung der Initiative FAU waren die individuellen Bedürfnisse der Genoss(inn)en, die im Anarchosyndikalismus ihre geistige Heimat sahen und versuchten, ihre Theorie praktisch umzusetzen"** (3. Ausgabe Arbeitsgrundlage IFAU, Mai 84).

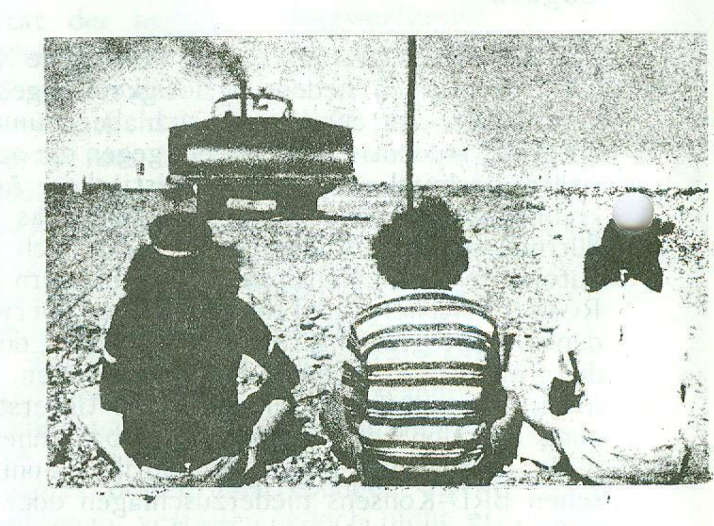
Das scheint uns eine etwas verengte Sicht der Beweggründe derjenigen zu sein, die sich im Februar 1977 zur IFAU zusammenschlossen; wäre man böswillig, könnte man meinen, schon im ersten Ansatz zur "Historie" der IFAU hat sich die Geschichtsklitterung eingeschlichen, die man sonst immer nur "autoritären" Strömungen vorwirft. Es waren eben nicht nur Genossen bei der Gründung dabei, die ihre geistige Heimat im Anarchosyndikalismus sahen und den **"Versuch einer organisierten libertären Betriebsarbeit"** (AG, a.a.O.) durchführen wollten, sondern es waren eigentlich alle verschiedenen Arbeitsgebiete vertreten, in denen sich Libertäre so betätigten. Oder, anders ausgedrückt, der verwaschene Begriff "Anarchosyndikalismus", auf den individuellen Bedürfnissen und darum auch auf der individuellen Begriffsauslegung basierend, bedeutete alles und nichts.

Die Zeitschrift "horror vacui" hat in ihrem Heft 4 ("Ein libertäres Trauerspiel– kritische Anmerkungen zur IFAU/FAU") eine unserer Meinung nach zutreffende Einschätzung gebracht, die, nach allen uns vorliegenden Dokumenten, sich in der Wirklichkeit eher noch schärfer als Bruch zwischen den zwei Konzepten politischer Arbeit in der IFAU von Anfang an abspielte: für die einen war die IFAU eine reine Gewerkschaft – für die anderen eine Einheitsorganisation, die den gewerkschaftlichen mit dem politischen Kampf verband, ihn als untrennbare Einheit verstand, die verhindern sollte, daß sich der eine oder der andere Kampf verselbständigte und Führungsansprüche durchsetzen wollte:

"In der Gründungserklärung der IFAU vom Oktober 1977 werden als wichtigste Aufgaben unter anderem aufgeführt:

- die Aufhebung der Isolierung und Perspektivlosigkeit der Libertären, "das Herstellen eines solchen Diskussionszusammenhangs der heute voneinander isolierten Anarcho-Syndikalisten und libertären Sozialisten ist die unmittelbare jetzige Funktion unserer Initiative." (S.3, a.a.O.) - die öffentliche Propagierung anarchosyndikalistischer Ziele und Kampfmethoden, insbesondere die Aufarbeitung der Geschichte der libertären Richtung der Arbeiterbewegung und die Unterstützung der internationalen Schwester-Organisationen wie z.B. der CNT.

- Jedoch: "Wir wollen kein Diskussions-Club werden, sondern eine wirtschaftliche (gewerkschaftliche) Kampforganisation (S.3/4, a.a.O.). Angestrebt wird dabei klar der Aufbau einer eigenständigen Organisation, die DGB-Gewerkschaften könnten dabei nur "Arbeitsfeld" sein (vgl. S.26 a.a.O.). Hauptsächliches Ziel ist es daher, im ökonomischen Bereich "antikapitalistischen Widerstand" zu organisieren." -



Ziel der Betriebsarbeit sollte jedoch ausdrücklich nicht die Organisierung "irgendwelcher Massen" sein, sondern als erster Schritt der Zusammenschluß, die Koordinierung und der Erfahrungsaustausch unter den in Betrieben arbeitenden Genossen.

– Neben der Betriebsarbeit sollte in der IFAU jedoch keinesfalls die Arbeit im Freizeitbereich, Kultur, Ideologie etc. pp. ausgeschlossen bleiben.

Heute zurückblickend ist ein deutlicher Widerspruch bemerkbar zwischen den tatsächlichen Arbeitsgebieten der IFAU-Mitglieder und der geforderten zentralen Aufgabe Betriebsarbeit. So gesehen erscheint es richtig beobachtet, daß die Mitgliedschaft in der IFAU "...zunächst wohl nicht mehr beeinhaltete, als die formulierte Bereitschaft, sich etwas verbindlicher zu organisieren als bis dato in der libertären Bewegung üblich" (vgl. "Diskussionspapier" der Betriebsarbeiter i.d. IFAU-Köln).

Jedenfalls kam es bereits seit der Gründungsphase zu den ersten Konflikten: vor allem wegen der postulierten zentralen Aufgabe der Betriebsarbeit löste sich z.B. die West-Berliner Ortsgruppe 1979 selbst auf (u.a. ging aus dieser Gruppe das Libertäre Forum hervor).

Der ganz überwiegende Teil der Mitglieder der IFAU waren Studenten, Schüler, Arbeitslose, Leute, die im Sozialbereich u. 'Alternativ'-Bereich arbeiteten, etc.pp. Nur sehr wenige IFAU-Mitglieder waren bereit und/oder fähig, sich am (ungeliebten) Arbeitsplatz zu engagieren. Vielmehr stürzten sie sich nach ihrer Arbeitszeit begierig in die verschiedensten anderweitigen politischen Auseinandersetzungen.

So kam es dazu, daß die eigentliche IFAU-Betriebsarbeit - abgesehen von einigen wenigen Leuten, die bewußt 'in den Betrieb gingen' – nur von wenigen Mitgliedern getragen wurde, die an sich bereits als Arbeiter oder Angestellte in Betrieben arbeiteten. Die quantitativ größte Ansammlung von IFAU-Betriebsarbeitern waren drei Genossen in einem Werk mit ca. 30.000 Arbeitern, wobei diese drei noch an weit voneinander entfernten Abteilungen arbeiteten.
Angesichts dieser Situation blieben notwendigerweise der Zusammenschluß und die Koordinierung der Betriebsarbeiter illusionär und auch der Erfahrungsaustausch über die Betriebsarbeit der IFAU konnte wohl nur in Ansätzen, wie den Industrierundbriefen, steckenbleiben.
Auch in der IFAU-Gründung arbeitete der überwiegende Teil der Mitglieder politisch nicht im Betrieb, sondern in anderweitigen Bereichen (Basisgruppen, Soziales, ausbildung, Knastinitiativen, Kultur, Propaganda, etc. pp.) oder aber – und hier setzt ein weiterer zentraler Kritikpunkt an – für die Organisation IFAU. Denn die IFAU entwickelte eine beträchtliche Eigendynamik:

da gab es das National-Komitee (NK), mehrere Regional-Komitees (RK) und somit Regionalföderationen, National-Plenen, Regional-Plenen, Schulungen, Rundbriefe usw., eine enorme Überorganisation, wenn man eine aktive Mitgliederzahl zugrunde legt, die 100 selten überschritten haben dürfte. Ein guter Teil der tatsächlichen Arbeitskapazität vieler aktiver IFAU-Mitglieder dürfte sich darin erschöpft haben, die Organisation selbst am Leben zu halten. Tendenziell wurde die IFAU so zum Selbstzweck, zu einer erhaltenswerten "Organisation auf Vorrat, in die zur Zeit der 'großen Krise ' die Arbeiter massenhaft hineinströmen würden. Unter der Hand entstand so latent eine Art Avantgarde-Anspruch, denn dann könnte der Arbeiterschaft der richtige Weg gewiesen werden. Ein Indiz für dabei entstehende nicht sehr libertäre interne Strukturen ist auch die Erklärung des National-Komitees, daß es "...ein Ding der Unmöglichkeit (sei), ständig alle grundsätzlichen Beschlüsse, auf denen unsere Organisation aufbaut ... wieder über den Haufen zu werfen und so ständig von der Praxis abzulenken."

Der hier von HORROR VACUI beschriebene Zustand ist keineswegs übertrieben, wenn man sich die Protokolle und Ortsgruppenberichte der IFAU daraufhin ansieht, wer denn da nun eigentlich welche Arbeit machte:

"Hamburg: "Vier Leute und etliche Sympathisanten; betreiben vorwiegend Agitation in der K-Bewegung und treten offen als FAUD auf (...) wollen sie auf lokaler Ebene eine Zeitung rausbringen (...).
Ruhrgebiet: Vier Mitglieder (...) über ihre weitere Arbeit wollen sie sich erst im Klaren werden.
CNT Köln: Sechs Leute, sind in verschiedenen Betrieben tätig (...).
Wetzlar: Fünf Leute (...) wollen demnächst die FREIE PRESSE wieder herausgeben.
Frankfurt: Sechs bis acht Leute, bisher noch keine konkrete Arbeit geleistet (...).
Aschaffenburg: Drei Leute fest, versuchen sich zur Zeit im Stadtteil zu verankern (Alternativprojekt im Bereich Sozialarbeit ... Mitarbeit an Sozialistischem Zentrum...
Melle: Zwei Leute, arbeiten mit Jugendlichen...
Hannover: ...verteilen viel Propagandamaterial...
München: Zwei Leute in Betriebs- und Stadtteilarbeit tätig...
Dortmund: ...will demnächst öffentlich auftreten...wollen eine libertäre Zeitung herausgeben.
Köln: 14 Leute, ...regelmäßige Betriebstreffen ... Veranstaltungen durchgeführt (z.B. zu Sacco und Vanzetti), ...Schwerpunkt auf dem Ansprechen neuer Leute ... Libertäres Zentrum..."
(Protokoll des 3. Nationaltreffens vom 8./9.10.77 in Köln)

Die anarchistischen Gruppen hatten vor Gründung der IFAU auch nichts anderes gemacht - nur hatten sie ihre Tätigkeit nicht Anarcho-Syndikalismus genannt.
Woraus sich der anarchosyndikalistische Anspruch bei der IFAU ableitet, ist wohl nur denjenigen (damals wie heute) klar, die das ausschließliche Betätigungsfeld der IFAU im Aufbau einer Gewerkschaft sahen und sehen. Offiziell sah das - zumindest in der Anfangszeit - noch so aus, daß neben der Betriebsarbeit die allgemeinpolitische Tätigkeit in anderen Bereichen gleichberechtigt sein sollte. Das, obwohl 80-90% der Organisierten in diesem Bereich tätig waren. Seinen Ausdruck fand dieses gleichberechtigte Interesse z.B. in der folgenden Anmerkung zum Punkt:



"Aufbau industrieller Strukturen"
"Obwohl zur Zeit noch keine Syndikate bestehen, werden Konferenzen nach Branchen und Tätigkeitsbereichen als sinnvoll angesehen, um einen Überblick zu erhalten, wurde die berufs- und branchenbezogene Zusammensetzung der Ortsgruppen festgestellt. Von einigen Genossen wurde darauf hingewiesen, daß der Reproduktionsbereich in der jetzigen Organisationsstruktur nicht vorgesehen ist ("industrielle Strukturen"), dessen Einbeziehung in die Organisation jedoch aufgrund des gesamtgesellschaftlichen Anspruc, des Anarchosyndikalismus eine logische Folgerung ist. Parallel zu den industriellen Tagungen wollen sich auch die im Reproduktions-, im Erziehungs- und Bildungsbereich tätigen Genossen zum Erfahrungsaustausch und zum Zweck der Zusammenarbeit treffen." (Protokoll 9.10.77...)
Und seinen Ausdruck fand dieses gleichwertige Interesse an organisierter Arbeit über den reinen Betriebsbereich hinaus auch in der Gründungserklärung de IFAU, wo es unter Punkt 3 noch klar heißt:

Die "Allgemeinheit" wird den Betriebsinhabern sicher dankbar sein für diese Fürsorge. Wir geben allerdings zu bedenken, daß dieses Modell der wirtschaftlichen Organisation sicher ein Fortschritt für die Produzenten ist, indem es den Besitz von Produktionsmitteln überleitet von der Privateigentümern an die an der Produktion Beteiligten - aber diese neue Eigentumsform ändert "gesamtgesellschaftlich", für die Allgemeinheit nicht allzuviel. Der Betriebsegoismus angeblich "selbstverwalteter" Betriebe ist aus der Geschichte ja nicht nur aus spanischen Kollektiven, sondern z.B. auch aus dem sogenannten jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell bekannt.

Die Lösung dieses Konflikts zwischen Privatkapitalismus, Verstaatlichung und Selbstverwaltung der Betriebe ist nur über die tatsächlich gesamtgesellschaftliche Perspektive einer Räteorganisation möglich, die sich nicht allein in den Betrieben, sondern auch in allen anderen Bereichen menschlichen Zusammenwirkens betätigt, anstatt darüber nur zu sprechen daß es notwendig ist - und dann mit allerlei Tricks zu versuchen, die Betriebsarbeit als DAS Ding, verbindlich für alle, durchzusetzen; so die IFAU.

Daß sich hier die letzten beiden Zitate inhaltlich widersprechen, weil die "demokratische Kontrolle" nicht erst nach der Revolution oder irgendwann mal anfangen kann und auch abgesehen davon, daß die Begründung fehlt, warum es denn nun "nur" mit der wirtschaftlichen Kampforganisation klappen kann - das wollen wir mal beiseite lassen. Für uns ist von Interesse, daß sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der IFAU zwischen einheitsorganisatorisch denkenden und Gewerkschaftern natürlich auch in den öffentlichen Erklärungen niedergeschlagen haben und es noch heute tun. Und nach all unseren Erfahrungen mit Grabenkämpfen dort, wundert es uns nicht, wenn es in der neuesten Ausgabe der Arbeitsgrundlage (3. Auflage, Mai 84) heißt:

"Es sind einige Dinge herausgenommen worden, so z.B. die Gründungserklärung und der Artikel 'Die bisherige Entwicklung unserer Organisation'. Beide waren in der vorliegenden Form nicht mehr auf die Fragestellung der heutigen Situation ausgerichtet bzw. hätten stark aktualisiert werden müssen. Durch den Gesamtzusammenhang der neuen Arbeitsgrundlage sind sie aber eigentlich nur von historischem Interesse." Und: **"In der Arbeitsgrundlage erscheinen nur Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung für die Organisation."**

Dies ist eigentlich nur der vorläufige Schlußpunkt unter einer Entwicklung, die vom gesamtgesellschaftlichen Anspruch des Anarchosyndikalismus ausging und mittlerweile in der Sackgasse einer reinen Gewerkschaftsorganisation stecken geblieben ist. Im Grunde passiert in der anarchosyndikalistischen FAU nichts anderes, als was sie und andere Libertäre immer den verteufelten MLern vorgeworfen haben: man wirft seine eigene Vergangenheit und Geschichte als "unaktuell" auf den Müll und, so ganz nebenbei, liquidiert man eine Fraktion (die der Einheitsorganisation), und "bereinigt" die Geschichte.

Daß in der neuesten Ausgabe der Arbeitsgrundlage die Gründungserklärung der IFAU fehlt, beruht sicher auf dem Bestreben, vergessen zu machen, daß die ehemals propagierte Einheit von "Produzenten und Konsumenten" rausgesäubert worden ist.

Daß aber auch die Entwicklung, die Organisationsgeschichte, fehlt, ist nur damit zu erklären, daß die <u>PRAKTISCHEN</u> Auswirkungen der ideologischen Säuberungen, nämlich das Rausdrängen oder der Austritt von Genossen, die den gesamtgesellschaftlichen Ansatz innerhalb der IFAU vertraten, verschwiegen werden soll.

Auch das ist nicht gerade ein typisch anarchistisches Phänomen, daß man die eigene Organisation als geschlossenen, widerspruchsfreien, monolithischen Block darstellt. Daß eben diese Haltung aber <u>schon in den Anfängen</u> der IFAU von den "Betriebsarbeitern" vertreten wurde, sehen wir später. Die Fortschreibung der Organisationsgeschichte der IFAU von der 1. zur 3. Auflage hätte z.B. beinhalten müssen, daß

a) entgegen den offiziellen Verlautbarungen und Zeitungsveröffentlichungen die immer den Eindruck erwecken sollten, daß es eine breite Übereinstimmung innerhalb der IFAU für die Betriebsarbeit gab, eine Mehrheit ihre eigene Praxis mit diesem Anspruch weder verbinden konnte noch wollte,

b) durch die beharrliche Besetzung bürokratischer Posten durch Genossen, die ihren Betriebsarbeiter-Standpunkt - koste es was es wolle - durchsetzen wollten und wollen, zu diversen Auseinandersetzungen über den "Führungsstil" und das autoritäre Fehlverhalten insbesondere innerhalb der Kölner Ortsgruppe, aber auch z.B. innerhalb der Hamburger Ortsgruppe, kam, was einerseits

c) zum Austritt von Betriebsarbeitern führte, denen der selbstherrliche Führungsstil des Nationalkomitees nicht paßte und

d) zur Gründung der FAU geführt hat, die sich von der IFAU Ostern 1980 organisatorisch trennte und Vorläufer der FAU/R ist.

e) Es fehlt die ständige Austrittsbewegung ganzer Ortsgruppen wie Berlin, Frankfurt, Reutlingen, die sich der, von den Betriebsarbeitern immer wieder IN DER PRAXIS VOLLZOGENEN, Abwertung des politischen Kampfes hinter den rein ökonomischen widersetzten, dem Beharrungsvermögen anarchosyndikalistischer Bürokraten und den daraus notwendig folgenden innerorganisatorischen Kämpfen aber nicht gewachsen waren, oder nicht ihre Hauptarbeit im Schlagabtausch mit IFAU-Funktionären sahen.

Wie schon dargestellt, die Mehrzahl der IFAU-Mitglieder waren Nicht-Betriebsarbeiter. Demenstprechend müßte sich das Organisationsziel an sich daraus ergeben - wenn es nicht aufgesetzt sein soll. Ist es aber augesetzt, ist das Ziel nur über eine immerwährende Auseinandersetzung gegen die Realität zu verteidigen.

Dieser Kampf setzte sich auch nach dem von uns auszugsweise zitierten Protokoll des 3. Nationaltreffs fort.

In einem Papier der Wetzlarer Gruppe zum Nationalplenum im Mai 78 fordert die Realität ihren Tribut: **"In dilettantischer Betriebsarbeit haben wir schon 1973/74 unsere Lektionen erhalten: Betriebsarbeit als SCHWERPUNKT stellt sich uns daher jetzt gar nicht; wir arbeiten daher auch in vielen anderen Bereichen als FAU mit."** Das, obwohl zu der Zeit alle acht Mitglieder der Gruppe als Angestellte oder Arbeiter tätig waren.

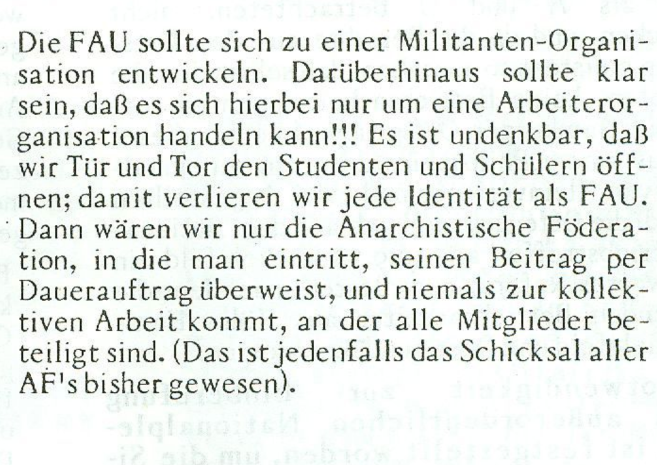
Das konnte natürlich denen, die die Betriebsarbeit als A und O betrachteten, nicht schmecken, und da die Berichte aus den Ortsgruppen meistens so aussahen, daß selbst die, die arbeiteten, keine Betriebsarbeit machten, ergriff die Hamburger Ortsgruppe (die zu dieser Zeit aus einem Philosphiestudenten, einem alternativen Kleinverleger und zwei Angestellten bestand) die Offensive und gab auf dem nationalen Betriebstreffen am 30.9.78 in Bielefeld ein lesenswertes Referat zum Besten; nachdem die anwesenden Betriebsarbeiter aus Köln, Hamburg, Bielefeld und Dortmund beschlossen:

"...Notwendigkeit zur Einberufung eines außerordentlichen Nationalplenums ist festgestellt worden, um die Situation innerhalb der FAU endgültig (sic!) zu klären." (Protokoll des Betriebstreffens)

Dieser idealistische Wunsch nach Endgültigkeit, nach dem Patentrezept für Form und Inhalt der Organisation, das unabänderbar und verläßlich als Leuchtfeuer in der Finsternis Orientierung in schwieriger Zeit gibt, ist sicher allen verständlich und nachvollziehbar, die politisch arbeiten. Es drückt sich bei den unterschiedlichen Strömungen nur in anderen Macken aus, der eine hält Stalin hoch, der andere die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation - revolutionär ist weder das eine noch das andere, weil es von einem statischen, unveränderbaren Weltbild ausgeht, in dem Widersprüche nur als Störung empfunden werden und nicht als Hebel ständiger Weiterentwicklung.
Es mögen noch so große Unterschiede in vielen Fragen politischer Natur zwischen den verschiedenen Strömungen bestehen, in einem, der Suche nach dem Religionsersatz, sind sie sich doch bislang weitgehend einig gewesen. Und eine Religion kann nicht als falsch kritisiert werden; eine Bibel kann zwar unterschiedlich ausgelegt werden - es bleibt doch eine Bibel, und wer an ihrer Berechtigung an sich rüttelt, rüttelt oft am letzten Halt im Orkan des alles hinwegfegenden, sich ewig verändernden gesellschaftlichen Klassenkampfes.
Im folgenden also das Referat der Hamburger OG, die den offenen Kampf gegen die bisher meist nur unterschwellig/organisatorisch (das Nationalkomitee wanderte zwischen den Betriebsarbeiter-Hochburgen Köln und Dortmund immer hin und her, Hamburg hatte die Zeitung in der Hand) bekämpften Ortsgruppen mit einheitsorganisatorischen Ansichten aufnahm:

"**Zur Lage**
Momentan ist innerhalb der FAU absolut nicht klar, welchen Weg wir als Organisation gehen werden. Man hat den Eindruck, daß viele Genossen den Sinn und Zweck der FAU falsch verstanden haben oder wissentlich falsch darstellen, um ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen. Die Initiative FREIE ARBEITER-UNION ist als Initiative zum Wiederaufbau der FAUD gegründet worden. Zur Erklärung sollte vielleicht einmal gesagt werden, daß die FAUD eine kleine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, d.h. Arbeiterorganisation, gewesen ist, die wie alle Gewerkschaften damals, vom Hitlerfaschismus zerschlagen wurde. Sicherlich gab es 1933 nicht mehr viel an FAUD zu zerschlagen, aber darum geht es nicht. Es geht auch nicht um die vielen Fehler der mehr idealistischen als entschieden klassenkämpferischen FAUD unter Führung von Genossen wie Rudolf Rocker u.a. Fehler der Vergangenheit sollten diskutiert werden, sind aber für mich kein Grund, das Modell FAUD in Grund und Boden zu verdammen.
Daß wir heute eigentlich mit der gewerkschaftlichen Arbeit wieder erst beginnen müssen, da der DGB alles andere als eine Gewerkschaft ist, die für die Arbeiter kämpft, dürfte jedem Arbeiter mit libertären Idealen klar sein. Aus diesem Grunde haben wir uns als anarchistische Arbeiter zusammenfinden wollen, um neu zu beginnen: als FAU und revolutionäre Gewerkschafter,
Dieses Ziel ist heute aus den Augen vieler Genossen entschwunden, da man sich der Mühsal eines solchen Unterfangens nicht bewußt war und schnellere Erfolge erhofft hat. Anstelle der Solidarität und dem Austausch von Informationen sowie Diskussionen über unsere konkreten Möglichkeiten debattieren wir über den Sinn bzw. Unsinn der Initiative FAU.
Es war nicht unsere Aufgabe, Anarchisten von der Notwendigkeit der Betriebsarbeit bzw. der grundlegenden Bedeutung der Umwandlung der Besitzverhältnisse in der Produktion zu überzeugen; das setzten wir - leider - als gegeben voraus. Von dieser Seite bekamen wir kaum Unterstützung, vielmehr Ablehnung jedoch. Man versuchte sich in unser Projekt einzumischen und es gelang: heute gilt es nicht mehr so sehr, Kollegen von den anarcho-syndikalistischen Aktionsformen und der Arbeiterselbstorganisation zu überzeugen, sondern um die Konstatierung der Sinnlosigkeit dieser notwendigen Überzeugungsarbeit. Man pflegt deswegen mehr das Image des Alternativlers. Was jedoch am alternativen Leben so spezifisch anarcho-syndikalistisch sein soll, ist mir bis heute verborgen geblieben. Da denkt man eher an Gustav Landauer und seinen 'Sozialistischen Bund', nicht aber an Klassenkampf.





Die FAU sollte sich zu einer Militanten-Organisation entwickeln. Darüberhinaus sollte klar sein, daß es sich hierbei nur um eine Arbeiterorganisation handeln kann!!! Es ist undenkbar, daß wir Tür und Tor den Studenten und Schülern öffnen; damit verlieren wir jede Identität als FAU. Dann wären wir nur die Anarchistische Föderation, in die man eintritt, seinen Beitrag per Dauerauftrag überweist, und niemals zur kollektiven Arbeit kommt, an der alle Mitglieder beteiligt sind. (Das ist jedenfalls das Schicksal aller AF's bisher gewesen).

Es muß deshalb die Idee der Arbeiterorganisation breit diskutiert werden. Das haben wir bisher nicht getan. Fragen der Autonomie der Arbeiterklasse kann man eben nicht in abgehobenen Diskussionsvereinen klären, wenn hinterher nicht der logische Schritt der Arbeiter unterstützt wird.

Für mich sieht die Frage nach der Zukunft der FAU so aus: entweder die FAU nennt sich um in Anarchistische Föderation, was sie defacto schon jetzt ist, oder sie besinnt sich auf die alten Zielvorstellungen.
Letzteres setzt voraus, daß wir uns darüber im klaren sind, was eine FAU zu leisten imstande ist und was sie erkämpfen will. Hierzu fehlen uns völlig klare Aussagen, die dem heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD entsprechen. Hierunter fällt die Analyse der gegenwärtigen Lage der Arbeiterklasse ebenso wie die der allgemeinen politischen Situation. Das reicht von der Frage nach dem Faschismus bis hin zur klaren Stellungnahme zu allen Inhalten des sozialdemokratischen DGB. Hier müssen Antworten gesucht und gefunden werden; ohne sie können beide möglichen Organisationsformen, die AF wie die FAU, nicht langfristig existieren, höchstens als Exoten im linken Lager der BRD in ewiger Agonie dahinvegetieren. Das erste Aufgabengebiet anarchistischer Arbeit heute in der BRD kann nur die Selbstorganisation aller interessierter Genossinnen und Genossen sein! Wir dürfen uns nicht wieder vereinzeln oder in verschiedenen Basisinitiativen unsere Aktivitäten aufreiben lassen. Wir brauchen Koordination und Gemeinsamkeit in der Aussage. Was wir dabei ebenfalls nicht gebrauchen können, sind widersprüchliche Aussagen einer Organisation! Intern können wir diskutieren, soviel wir wollen. Nach außen aber müssen wir geschlossen als Organisation stehen. Sonst werden wir unglaubwürdig und unsere Kraft verpulvert im luftleeren Raum der fehlenden Programmatik.
Man sollte sich in der BRD auf zwei Dinge einigen können: die aktiven Anarchisten, egal welcher Meinung sie sein mögen, akzeptieren die Gründung einer autonomen Arbeiterorganisation, die der IAA angeschlossen ist und ihren eigenen Weg geht. Wenn es Nicht-Lohnabhängige dennoch zu organisiertem Arbeiten treibt, sollte man mit ihnen zusammen eine nationale anarchistische oder libertäre Föderation bilden, die sich auf die Propaganda und Verbreitung anarchistischen Gednkenguts beschränkt und nicht direkt die Arbeit der FAU sabotiert. Die Föderation könnte dann die "Befreiung" als ihr Organ wiederauflegen.
Viele werden jetzt mosern, daß das nur eine erneute Aufhebung und Trennung ist. Ganz sicher. Man sollte nicht immer um jeden Preis versuchen, alle Lebensbereiche organisatorisch unter einen Hut zu bringen, das gelingt niemals und hemmt dadurch nur die Arbeit. Am Beispiel des KB kann man das ganz gut sehen, der geht daran nämlich kaputt.
Wir sind der Meinung, daß es keine Synthese-Organisation geben kann, in der wirklich jede Meinung gleichberechtigt nebeneinander möglich ist und auch eine effektive Arbeit in klassenkämpferischen Sinn erfolgen kann."

Dieses Referat, nach dem Motto geschrieben: einfach eine Sache mit Festigkeit und markigen Worten behaupten und wiederholen, das erspart die Begründung, zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, das hier jemand "seine Ruhe haben" will: Ruhe vor dem ewigen Infragestellen, Ruhe vor abweichenden Meinungen. Lieber klein und rein.

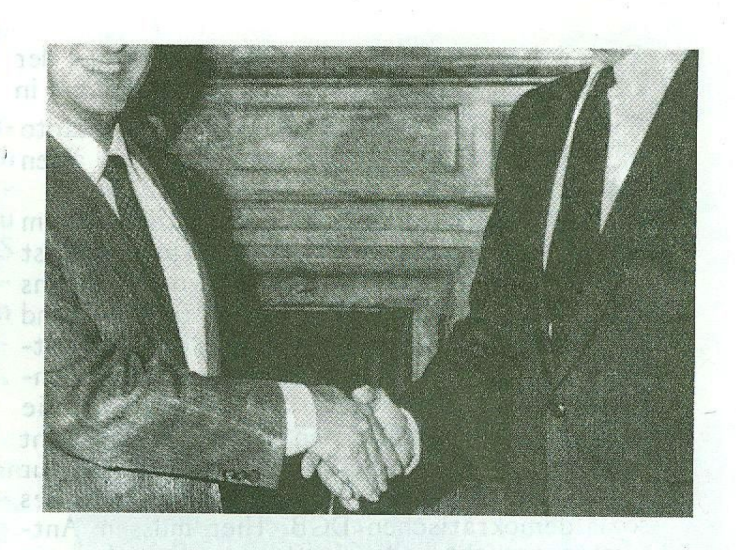
Der Referent behauptet verschiedene Male, daß viele Genossen: **"Sinn und Zweck der FAU falsch verstanden haben oder wissentlich falsch darstellen, um ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen"** oder gar die **"Arbeit der FAU sabotieren"**.



Was er damit kritisiert, ist nur, daß es in der FAU immer noch Leute gab, die ihre von Anfang an auch vertretene Meinung, nämlich die FAU als Einheitsorganisation anzusehen, WEITER vertraten, anstatt sich dem Diktat der Betriebsarbeiter zu unterwerfen. Was "Sinn und Zweck" der FAU waren, und zwar von Anfag an, war eben nicht dadurch ausreichend gekennzeichnet, daß es einige Kölner Genossen zum Anarchosyndikalismus hinzog, sondern daß sie eine Lawine ins Rollen gebracht haben, die man nur durch diktatorische Mittel wieder zu einem syndikalistischen Schneebällchen zurückentwickeln konnte. Was die Einheitsorganisationsbefürworter falsch verstanden haben, ist nur die Einstellung einiger hartnäckiger Mitgründer, daß außer Betriebsarbeit in der IFAU nichts stattzufinden hat. Viele Genossen nahmen eben noch die Worte der Gründungserklärung ernst, daß in der IFAU auch diskutiert werden sollte--

Was die einen als Diskussion verstanden, begriffen die Betriebsarbeiter oft nur noch als Versuch **"sich in unser Projekt einzumischen"** oder als **"Identitätsverlust"**.

Zur ideologischen Begründung dessen, was sich die Betriebsarbeiter inhaltlich unter der IFAU vorstellten, lesen wir einerseits, daß sie als Vorbild **"das Modell FAUD"** vor Augen hatten. Wir fragen uns, welche FAUD sie da wohl vor Augen hatten, denn wie sie immerhin selbstkritisch bemerken, ist die FAUD unter Rockers Führung nicht nur **"mehr idealistisch als entschieden klassenkämpferisch"** gewesen, sondern zudem gab es diverse Abspaltungen, Fraktionen – eben: verschiedene Auffassungen darüber, was die FAUD zu sein hat! – und die nebenbei untergejubelte Version der FAUD-Zerschlagung durch den Hitlerfaschismus sollte man auch nicht so ungeprüft übernehmen, sondern sich lieber realistisch vor Augen halten, daß die



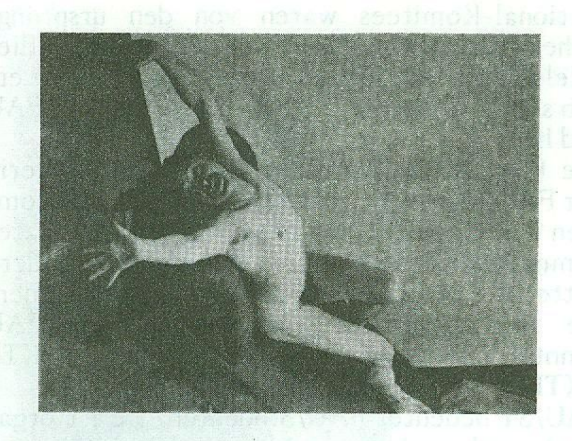


FAUD schon Ende der zwanziger Jahre zu einer unmaßgeblichen Sekte zusammengeschrumpft war, die praktisch keinerlei politischen Einfluß mehr hatte.

Doch, trotzdem die FAUD also an sich von den Hamburgern inhaltlich gar nicht gemeint war, wollten sie doch **"das Modell FAUD"** verteidigen. Daß sich Form und Inhalt gegenseitig beeinflussen, scheint ihnen da recht egal zu sein. Wenn sie also Sinn, Zweck und **"alte Ziele"** der IFAU in ihrem Referat beschwören, meinen sie damit das nie näher umrissene **"Modell FAUD"**, von dem sie sich dann inhaltlich dadurch absetzen, daß sie zugeben, daß **"völlig klare"** (völlig klare! endgültig wahre?) **"Aussagen die dem heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD entsprechen"** fehlen. Daß es also keinerlei inhaltliche Antwort der IFAU auf die damalige gesellschaftliche Situation gegeben hat. Die Lösung für den fehlenden Inhalt suchen die Hamburger in der **"Selbstorganisation aller interessierten Genossinnen und Genossen"**, damit die fehlenden Inhalte wenigstens durch **"Koordination und Gemeinsamkeit in der Aussage"** ersetzt werden können.

Da wundert es dann nicht mehr, daß die gemeinsame Aussage der Betriebsarbeiter sich darauf beschränkt, **"das Modell FAUD"** zu propagieren. Was sie dabei nicht gebrauchen konnten,

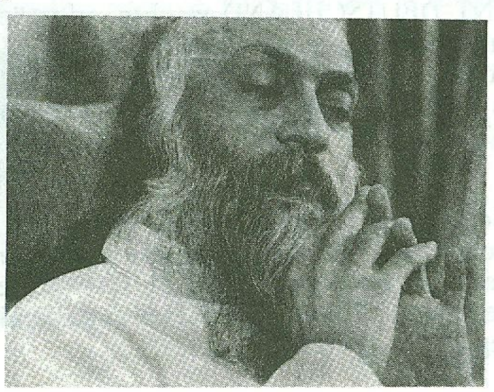




waren "widersprüchliche Aussagen" – also mit anderen Worten: Inhalte, Anregungen, Ideen, die über den Begriff **"Modell FAUD"** hinausgingen.
So richtig entscheiden konnten sie sich aber denn doch nicht, denn einerseits sollte es nach Außen eine geschlossene Organisation und nach Innen **"Diskussion, soviel wir wollen"** geben – andererseits wurde eben jene Diskussion als Sabotage und Einmischung etc. diskriminiert.
Daß nebenbei in diesem Papier ohnehin immer nur steht, daß etwas **"klar sein sollte"** und andere Ansätze **"nur die Arbeit hemmen"** und **"niemals gelingen"** ist uns aus allen Betriebsarbeiter-Papieren bis hin ein in die neueste Ausgabe der Arbeitsgrundlage nur zu bekannt:
"Die Konsequenz aus unserer Kritik an den DGB-Gewerkschaften kann nicht zu irgendetwas diffusem Neuen, zu einem linken Einheitsbrei führen, da eine Einigung zwischen den verschiedenen linken Strömungen ohnehin nicht möglich ist..." (Arbeitsgrundlage 3. Auflage, "Aufruf")

Punkt. Aus. So ist es und so bleibt es.
Zumindest, wenn derartig bornierte Privatmeinungen als politische Strategie verbreitet werden.

Auf das Papier der Hamburger, die es undenkbar fanden, Tür und Tor den Studenten und Schülern zu öffnen, antworteten nicht nur diese, daß sie sich längst innerhalb der Glaubensburg IFAU befanden.



Das wußten die Betriebsarbeiter aber schon. Deshalb griffen sie mal kurz in die Trickkiste der bürgerlichen Politik und beschlossen ein **"außerordentliches Nationaltreffen"** am 20./21.1.79, denn laut Statut der IFAU reichte dazu ein Antrag von mindestens drei Ortsgruppen aus. Damit es nicht so viel unerwünschte Diskussion gab, wurde gleich noch beschlossen, das ganze als **"Delegierten treffen"** abzuhalten – obwohl es um wichtige, die IFAU insgesamt betreffende Fragen ging (wie eine der beantragenden Gruppen, Köln, dann auch noch bestätigte, indem sie forderte, daß sich ALLE dazu äußern müssen bzw. sogar Erscheinungspflicht propagierte) (Rundbrief Nr. 13, 22.12.78), und bei solchen Fragen laut Statut die Mitglieder insgesamt abstimmen müssen.

Die Stoßrichtung dieses Sonderkongresses kündigte sich in den vorbereitenden Papieren an. So nahm den breitesten Raum die Diskussion um die Verfahren des Ausschlusses von Ortsgruppen und Personen ein. Wie in solchen innerorganisatorischen Kämpfen üblich gab es die zwei sich gegenseitig beharkenden Seiten "Einheitsorganisationsanhänger" gegen "Betriebsarbeiter" und in der Mitte eine ganze Reihe von Orten, die den Charakter der Auseinandersetzung offenbar nicht in seiner Perspektive erkannten. Diese wollten dann in der Regel beides: einerseits Arbeiterorganisation und Syndikalismus, anderseits Schüler- und Studentenorganisation und argumentierten wild durcheinander:



Melle z.B. wollte die gründliche Befassung mit den festgelegten Zielen der IFAU als Eintrittsvoraussetzung– und gleichzeitig lieber doch keine Kaderorganisation, die sich für Jugendliche z.B. eigene Gruppen bildet. Schüler und Studentenpolitik soll die IFAU machen, forderten die Wuppertaler – aber die Betriebsarbeiter-Ansprüche sollen sie gleichzeitig auch erfüllen; die Grundlage der IFAU anerkennen – und sich trotzdem eine jeweils eigene geben.
So ging es munter mit den Begriffs- und Zielverwirrungen weiter und führte zu Kuriosa wie dem Bielefelder Antrag, der forderte, daß nur Ortsgruppen die mindestens zu Zweidritteln aus Lohnabhängigen bestehen Stimmrecht haben sollten – so gesehen hätte die Annahme dieses

Antrages wohl dazu geführt, daß die ganze Organisation IFAU ihre Stimme verloren hätte.
Alles drängte auf die "endgültige" Regelung des Charakters der IFAU. Die von den meisten immer als ZIELvorstellung ausgedrückte Akzeptierung der Betriebsarbeit als EIN Schwerpunkt, der sich durch beharrliches Umformulieren der OFFIZIELLEN Papiere immer mehr zum EINZIGEN ZIEL umdichten lassen mußte, wurde im Antrag der Hamburger Ortsgruppe zum Sonderkongreß eindeutig als **"Kriterium für die Mitgliedschaft"** definiert. Als Begründung hieß es:
"Begründung: ist wohl nicht nötig; siehe den derzeitigen Stand der FAU. Kritiker mögen einwenden, daß diese Vorschläge zu autoritär sind. Zugegeben: eine anarchistische Föderation wird sicherlich andere Strukturen haben müssen."
Diese immer wiederkehrende Beschwörung, sich doch einen anderen Spielplatz zu suchen und eine anarchistische Föderation außerhalb der IFAU aufzubauen, ging offenbar von der Auffassung aus, daß 1. die IFAU keine politische Organisation, sondern ein Privatclub ist und 2. libertäre Arbeiter sich ganz selbstverständlich dafür zu entscheiden hätten in der IFAU Betriebsarbeit zu beginnen – und alle anderen sollen sich ohne die Betriebsarbeiter organisieren. Nur war die Realität eben, daß es arbeitende Libertäre gab und gibt, die sich diese Trennung einfach nicht aufzwingen lassen wollen. Solche kommen allerdings im Weltbild der IFAU-Betriebsarbeiter nicht vor.

●

Ende des ersten Teils -
Fortsetzung folgt

Materialien:
- Arbeitsgrundlage der FAU, 3.Ausgabe, Mai 84
- HORROR VACUI, Heft 4, 1980
- Protokoll v. 3. Nationaltreffen v. 8./9.10.77, Köln
- Gründungserklärung der IFAU
- Protokoll d. nat. Betriebstreffens v. 30.9.78
- Statut der IFAU
- Rundbrief Nr.13, 22.12.78
- Rundbrief Nr.14, 4.2.79
- Rundbrief Nr.16, 10.5.79

Kopien:
die Materialien sind auf Wunsch bei uns erhältlich.

●

Sprachverwirrung:
I vor FAU steht für Initiative. Es sollte deutlich machen, daß man zunächst noch Aufbauarbeit leisten mußte. Gleichwohl war in den internen Papieren, aber auch umgangssprachlich "vor Ort" die Bezeichnung FAU verbreitet.
Die FAU (ohne I) wurde zuerst auf dem Osterkongreß 1980 von den teilnehmenden Ortsgruppen der IFAU gegründet. Wegen des Boykotts des National-Komitees waren von den ursprünglichen OGs der IFAU nur Hamburg, Bremen, Bielefeld, Melle und Limburg beteiligt. Faktisch ergab sich hieraus also die Spaltung zwischen FAU und IFAU.
Die FAU/R wurde Anfang 83 als Nachfolgerin der FAU gegründet. Damit sollte das Hinzukommen von Genossen aus der Tradition des Rätekommunismus verdeutlicht werden. Zum andern hatte sich die Existenz zweier Organisationen, die sich zumindest umgangssprachlich FAU nannten und beide als ihr Organ die DIREKTE AKTION herausgaben, als lästig erwiesen.
FAU/ST bedeutet FAU/Studenten. Sie ist organisatorisch unabhängig und verfolgt eine konsequente anarchistische Politik im Hochschulbereich.
Seit ihrem Pfingstkongreß 1983 hat sich die IFAU in FAU umbenannt. Dies erfolgte in der Einschätzung, die Initiativphase sei abgeschlossen (und wohl auch, weil die Bezeichnung von uns "freigegeben" worden war.
FAU/A ist die Bezeichnung einer dritten Organisation, die aber unseres Wissens nur im süddeutschen Raum vertreten
ist. Das A steht für Anarchisten. Wohl um sich von jedem Verdacht, eine rein anarchosyndikalistische Praxis anzustreben, freizumachen.
AAU ist der neue Name (Anarchistische Arbeiter-Union) mehrerer Gruppen aus dem süddeutschen Raum, die zum Teil früher zur IFAU gehörten (die AAU war in der Weimarer Republik eine kleinere "Konkurrenzorganisation" der FAUD mit spezifisch rätekommunistischem Inhalt.).
Gruppe DIREKTE AKTION war eine vorübergehende Bezeichnung der jetzigen Kieler OG der FAU/R.
Inhaltlich wäre noch die FREIE VEREINIGUNG zu erwähnen, die personell zum Teil eine Abspaltung der nachmaligen FAU/R darstellt und eine zum Teil anarchokommunistische Betriebsarbeit anstrebt.
GRUPPE A mit der Zeitung AKTION ist personell weitgehend mit der OG Wetzlar der jetzigen FAU identisch; seinerzeitige Propagandisten einer RHEIN-MAIN-FODERATION.
GAS (Gruppe Arbeiter-Solidarität) war der Name des von der Hamburger OG der FAU abgespaltenen "Betriebsarbeiterfraktion"
Die ehemalige OG Bremen der FAU nannte sich im übrigen nach ihrem Austritt SOZIALREVOLUTIONÄRE und die
CNT-DEUTSCHLAND• wachte eifersüchtig auf ihrem angestammten Namen
Ergänzung: FAI (für Föderation Anarchistischer Initiativen) war/ist (?) eine Art Dachverband.

Genug damit! Es lag uns nur daran, zu verdeutlichen, daß es doch wohl ein wenig simpel ist, heute zu behaupten, es habe stets nur eine FAU gegeben und Spaltungen seien das alleinige Privileg von K-Sekten.

Zum Ersten

LESERBRIEFE ZUR KRITIK DER IKS AN DER CNT

Hallo Ihr!
Ich finde es ja sehr wichtig, sich über die "eigene" Geschichte Gedanken zu machen, und fand deshalb den Spanien-Artikel ganz begrüßenswert. Aber die "Analüse" der Fehler der CNT greift meiner Meinung nach die Ursachen nicht auf.

1.
Bei euch erscheint die Tatsache, die CNT sei Linksbourgeoisie, Erklärung für ihr Versagen, ja ihre Intergrationspolitik in den Kapitalismus. Genug. Die CNT soll sogar "vor allem" (also noch vor Volksfront und Nationalisten) den Kampf der Arbeiter reduziert haben auf die einfache Unternehmensenteignung. Wundert einen ja noch bei einer bourgeoisen Vereinigung – nur: war sie das wirklich?
Von ihren Mitgliedern her sicher nicht – 3 Millionen organisierte Proletarier sind nicht dasselbe wie Bourgeoisie, die sich ja wohl immer noch per Besitz an Produktionsmitteln definiert. Selbst wenn ihr den Begriff "Bourgeoisie" auf alle ausdehnt, die vom bürgerlichen System profitieren, ist die Sache nicht so einfach. Der DGB fällt dann auch unter die Rubrik Bourgeoisie. Nur: der DGB wird getragen von einer Facharbeiterschicht, die durchaus Interesse am Bestand des Systems hat (war in Spanien nicht so) und besteht aus einer Funktionärsclique mit gutbezahlten Jobs, z.T. in Aufsichtsräten, denen Systemerhalt direktes Interesse ist. Und die CNT? hatte nach meinen Informationen bis 1936 nur eine (!) bezahlte Funktionärsstelle in ganz Spanien. Von daher erscheint mir auch der Ausspruch "Gewerkschafts-Bonze" zur Charakterisierung eines CNT-Funktis eher polemisch als der Einschätzung dienlich.
Worauf ich hinaus will: eine gescheiterte Politik kann man nicht einfach erklären, in dem man die verantwortliche Organisation flugs ins Lager der Gegner einreiht, das hilft auch nicht weiter, selbst einmal ähnliche Fehler zu vermeiden. Auch die FAU Weimars hat übrigens solche Fehleinschätzungen hinter sich, z.B. die distanzierte Haltung der Berliner Zentrale zum Aufstand der Roten Ruhrarmee nach dem Kapp-Putsch, wo auch die Basis der FAU im Ruhrgebiet radikaler war als die Funktis in der Zentrale – war die deshalb bourgeois?

2.
Nun aber mal zu den Fehlern der CNT: nach knapp 1 Jahr war von ihren Kollektiven ihrer Regierungsbeteiligung und der Bedeutung der Milizen fast nichts mehr übrig, zerschlagen von bürgerlichen Parteien und Stalinisten, von denen, auf deren Einheitsfrontparolen sie sich selbst eingeschworen hatte. Warum hatte sie nicht den Staat zerschlagen, die bürgerlichen Republikaner entmachtet? Dafür gibt es meiner Meinung nach 2 Gründe:

I. Die CNT hatte jahrzehntelang den ökonomischen Kampf betont, den politischen als Parlamentarismus abgelehnt. Daraus resultierte zwar, daß sie sich nicht als verbürgerlichte Partei etablierte wie die Sozialisten, aber eben auch die Überschätzung der Bedeutung ökonomischer Macht, so lange staatliche Institutionen politisch unter den Volksfrontlern verteilt werden. Wer die Schriften Rudolf Bahros, eines der einflußreichsten deutschen Anarchosyndikalisten der Zeit liest, findet dort dieselbe Fehleinschätzung. Als die CNT sich schließlich an der Regierung beteiligte, tat sie es entsprechend überstürzt und dilettantisch, ließ sich mit unwichtigen Ministerposten abspeisen.

II. Warum aber keine Zerschlagung des Staatsapparates? Wie wärs mit einem Blick auf das Kräfteverhältnis?
Ein Zweifrontenkrieg – Francisten und Republikaner – hätte daraus resultiert. Die einzige waffenliefernde ausländische Macht – UdSSR – hätte dies an die mit den Kommunisten verbündete Volksfront fortgesetzt. Das Desinteresse der Stalinisten an sozialer Revolution oder Rätegesellschaft ist ja wohl hinlänglich dokumentiert (Souchy, auch Orwell), eine Verständigung erscheint unmöglich. Die Gefahr der Intervention GB und Frankreichs drohte. Orwell beschreibt Flottenmanöver der Engländer zur Zeit der spontanen Unruhen und Kämpfe in Barcelona nach der Telefonamtsbesetzung und vermutet ihr Eingreifen bei einem eventuellen deutlichen Sieg der CNT-Anhänger.

Auch Orwells eigene Beschreibung seiner damaligen Einschätzung der Lage – Einheitsfront als Wichtigstes – zeigt viel vom Denken der Zeit. Heute wissen wir, daß die Einheitsfrontpolitik gescheitert ist. Also ein Fehler war. Nichts wissen wir über den Ausgang der Revolution bei konsequenter Entmachtung der staatstragenden Parteien, zu behaupten, die Entmachtung habe nicht stattgefunden, weil die CNT das gar nicht wollte, mißachtet die wirklichen Schwierigkeiten der damaligen Situation, die auch auf uns zukommen könnten – da hilft es nichts, die spanischen Genossen als bürgerlich zu verdammen.

3.
Daß die Kollektivierungen von der Bourgeoisie soweit möglich benutzt wurden, stimmt sicher. Daß sie deshalb eine kapitalistische Wirtschaftsform waren, also direkt dem Interesse der Kapitalisten dienten, ist zweifelhaft. Nicht umsonst machten Bürgerliche und die aus dem Mittelstand aufgebaute KP die Kollektivierungen rückgängig – sie hatten sich mit ihnen arrangieren müssen, als sie zu schwach waren, sie zu zerschlagen, und zerschlugen sie, so bald das ging. Diese spätere Entmachtung der Kollektive ist für den Kapitalismus essentiell, sonst wären ja die Produktionsmittel verloren, ohne sie hätten die kollektivierten Betriebe nicht in die Pläne der Kapitalisten gepaßt, da sie nicht direkt unter ihrer Kontrolle waren. Schlimm genug, daß sie die Kollektive über den Erhalt der staatlichen Macht später ausschalten konnten und sie sich damit in der Zwischenzeit als Kriegsindustrie der Kollektive bedienen konnten. Das hätte aber ganz anders ausgesehen, hätten sich die Anarchisten im internen Bürgerkrieg durchsetzen können, dann wäre die Aufrechterhaltung der Kriegsproduktion für den Kampf gegen Franco und die Republikaner essentiell gewesen.



4.
Ihr kritisiert an der Kriegsproduktion herum – sie war auch unmenschlich ausbeuterisch, wie jede Kriegsproduktion. Womit aber hätten die spanischen Arbeiter kämpfen sollen? Gewaltfrei, als Pazifisten – gut, wenn das eure Überzeugung ist, also ich denke aber, ihr nützt die Polemik gegen die Arbeitsbedingungen fatal. Statt zu betonen, daß es im Bürgerkriegsfall auf die Kontrolle der Verwendung der Produkte ankommt. Statt sie brav an Polizei und neuaufgebaute republikanische Armee abzuliefern, wäre sie wohl besser bei den Milizen angekommen.

Wenn ihr aber Kriegsproduktion an sich mit Streikverbot etc. kritisiert, dann muß ich euch darauf hinweisen, daß bis jetzt in jeder Revolution eine Entmündigung der Arbeiter der Kriegsproduktion stattfand – ob in der UdSSR mit der Abschaffung der Arbeiterselbstverwaltung 1918 oder jetzt in Nicaragua mit Streikverbot. Natürlich könnte man hoffen, die Arbeiter würden von sich aus absolut diszipliniert ohne nötiges Streikverbot arbeiten. Das allerdings denunziert ihr im Artikel als "päpstlicher als der Papst" bei einem spanischen Beispiel. Die Haltung vieler Anarchisten, nicht auf die militärische Konfrontation zu setzen, z.B. Landauers, erklärt sich sicher aus diesen Schwierigkeiten und ist durchaus ernstzunehmen.

Was für uns sicher wichtig ist, ist die Frage der Kompromisse in einer Revolution die von unterschiedlichen Gruppen getragen wird. Wie ihr diese Diskussion zu vermeiden, in dem ihr die realen Schwierigkeiten, die der Anarchie entgegenstanden, nicht mal aufzuzählen (UdSSR, internationale Brigaden, F, GB und ihre Rolle), statt dessen die CNT und ihre Mitglieder als Linksbourgeosie zu denunzieren, halte ich für billig und falsch. Völlig illusionär ist der Vorschlag, die "CNT als republikanische Kraft" niederzuschlagen. Hätten die anarchistischen Arbeiter ihre eigene Organisation zerschlagen und auf die Schnelle eine neue aufbauen sollen? Wo? Woraus. Zur Zeit des Bürgerkrieges? Wichtiger die Frage: Wie kam es zu den Fehleinschätzungen, warum war die Basis wieder mal radikaler als die Zentrale, wie schaffen wir eine Organisation, in der das von Anfang an nicht so ist, die nicht später hemmt, oder – lassen wirs mit der Organisation nicht lieber und bilden nur einen Zusammenhang vernetzter Gruppen?

Glück und Freiheit, Andreas

Der Artikel "Der Mythos der anarchistischen Kollektive" ist ein trauriges Beispiel dafür, wie richtige und wichtige Erkenntnisse ihrer Wirkung beraubt werden können, wenn der Rest des Artikels aus Geschichtslosigkeit und Unterstellungen besteht. Die Verfasser weisen sehr richtig auf die Fehler hin, die die anarchistischen Kollektive hatten, und auf die Folgen für die Arbeiter/innen in den kollektivierten Betrieben während des Bürgerkrieges. Nur wird nicht erläutert, auf Grund welcher historischen Gegebenheiten diese Modelle entstanden und gescheitert sind. Diese Mühe machen sich die Autoren nicht. Für sie sind alle am Bürgerkrieg beteiligten antifaschistischen Kräfte die "Schuldigen", die – Verschwörern gleich – die Arbeiterklasse in ihr Unglück gestürzt haben.
Wir wollen im weiteren in knappen Worten a) die Informationen über die geschichtlichen Zusammenhänge geben, die wir bei o.g. Artikel vermissen, und b) versuchen nachzuweisen, daß dem Kollektivmodell der Anarchosyndikalisten ein prinzipieller gedanklicher Fehler zu Grunde lag.



Historische Situation

Die Situation in der sich Spanien im Juli 1936 befand, war alles andere als der Vorabend einer proletarischen Revolution. Es ging nicht primär um die Auseinandersetzung zwischen Land-, bzw. Industrieproletariat auf der einen und Grußgrundbesitzern und Bourgeoisie auf der anderen Seite. Folglich darf man auch nicht die Ergebnisse einer solchen Auseinandersetzung erwarten. Im Spanien von 1936 wurde die militärische Auseinandersetzung zwischen Feudalgesellschaft und bürgerlicher Demokratie nachgeholt.
Die Proklamierung der bürgerlichen Republik im Jahre 1931 war nicht auf Grund einer militärischen Niederlage der Monarchie erfolgt. Zwar hatten die Kritik der Interlektuellen – meist Republikaner – und der Widerstand der in der Illegalität befindlichen CNT den General Berenguer letzter Regierungschef unter Alfons XIII. – dazu veranlaßt, Gemeinderatswahlen durchführen zu lassen (in 46 von 60 Wahlkreisen gewannen die republikanischen Kräfte); zwar mußte Alfons XIII. das Land verlassen (er dankte jedoch nicht ab); die alten Machthaber in der Wirtschaft, im Militär, in der Kirche und auf dem Lande blieben weitestgehend unangetastet. D.h.: die ganze verkrustete Struktur des feudalen Spanien wurde in die Republik "hinübergerettet". Ein wirklicher Machtwechsel, wie er nach einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution zu erwarten war, hat nicht stattgefunden. Die militärische – also absolute Machtprobe – war durch das Öffnen eines Ventils (Gemeinderatswahlen und Rücktritt Alfons XIII.) vermieden worden. Es wurden von der herrschenden Klasse einige Personen "geopfert", mehr nicht.

Bereits 1934 hatten sich die monarchistischen Kräfte soweit erholt, daß sie in Koalition mit der CEDA (Block der Rechtsparteien) wieder die Regierung stellen konnten (ihnen kam dabei eine extrem geringe Wahlbeteiligung zu Gute, in manchen Provinzen lag diese gerade über 50 %). Die Folge davon war, daß die in den Ansätzen steckengebliebene Agrarreform sofort wieder rückgängig gemacht wurde, die Löhne konsequent gesenkt wurden, und diejenigen Offiziere, die aus ihre Positionen verdrängt worden waren, auf ihre alten Kommandostellen zurückversetzt wurden. Die einzige dauerhafte Veränderung blieb die – wie auch immer geartete – republikanische Fassade.
Die Wirtschaft Spaniens war im vergleich zu den westlichen Industriestaaten ausgesprochen rückständig. Die agrarische Struktur Spaniens garantierte den feudalen Großgrundbesitzern ihre Vormachtstellung im Land. Sie hatten kein Interesse eine Bourgeoisie hochkommen zu lassen, die ihnen den Rang streitig machen würde. Dementsprechend arbeiteten anfang dieses Jahrhunderts an die 70 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft. Die Gerätschaft war hoffnungslos veraltet, wie auch die Anbaumethoden. Die niedrigsten Hektarerträge in Europa waren die Folge. 30 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens – zumeist in der Hand der Großgrundbesitzer – blieben unbewirtschaftet. Die Industrie – sofern es sie überhaupt gab – war, außer im Baskenland, wo sich eine metallverarbeitende Großindustrie gebildet hatte, über die Stufe der Manufaktur wenig herausgekommen. Auch im wirtschaftlich starken Katalonien war die Produktion zumeist in Kleinbetriebe zersplittert.
Von 11 Millionen Erwerbstätigen im Jahre 1931 (diese Zahlen dürften sich gegenüber 1936 kaum verbessert haben) galten 8 Mio. als arm. 2-3 Mio. Landarbeiter, 2-3 Mio. Industriearbeiter und Bergleute, 1 Mio. kleiner Handwerker, 2 Mio. Kleinpächter und Kleinbauern. Die Arbeitslosen sind in dieser Aufzählung nicht enthalten.

Diesen 8 Mio. standen 1 Mio. Priveligierte gegenüber, meist parasitäre Elemente: Bemte, Geistliche, Militärs (ein Offizier pro sechs Soldaten), Intellektuelle, Großgrundbesitzer, reiche Großbürger. Die Mittelschicht Spaniens bestand aus ca. 1 Mio. bessergestellter Bauern und etwa ebensovielen wohlhabenden Gewerbetreibenden und Kaufleuten in den industrialisierten Städten wie Barcelona, Bilbao, Valencia oder Santander.

In Anbetracht der schwachen Industrialisierung und der geringen Zahl an Industriearbeitern wird klar, daß in Spanien eine Revolution, bei der in erster Linie die Interessen des Industrieproletariats verfochten werden nicht möglich war. Die Widersprüche, die das agrarisch feudalistische System produzierte, waren nicht dieselben, die der Kapitalismus – wie auch immer bemäntelt – hervorbringt. Das gesellschaftliche Sein (Produktionsweise und Ausbeutungsverhältnisse) waren noch nicht so weit entwickelt, als daß die vollständige, nötigenfalls auch erzwungene, Zerschlagung jedweder (individueller oder kollektiver) Eigentumsverhältnisse als die einzig mögliche Lösung erschiene. Regionalismus, Nationalismus, bürgerliche Demokratie, Kollektivismus – u.U. auch bunt gemischt – waren als, dem Feudalsystem, fortschrittlichere Lösungsmöglichkeiten noch nicht verbraucht, bzw. hatten sich – mangels praktischer Erfahrungen – noch nicht als falsch herausstellen können. Folglich ist die Wirtschaftspolitik der CNT/FAI lediglich die praktische Seite des damaligen Bewußtseinsstandes. Hinzu kommt natürlich auch, daß die Genossen der CNT/FAI – abgeschreckt von einigen Maßnahmen der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution – peinlichst darauf achteten, nicht ins gleiche Fahrwasser zu geraten. Zum einen, um nicht wieder selbst abgeschlachtet zu werden, zum anderen um nicht – als Gralshüter der "Freiheit" – der Diktatur bezichtigt zu werden. Mit Sicherheit lag es nicht in der Absicht der Genossen der CNT/FAI den Kapitalismus zu reformieren oder durch den Bürgerkrieg zu retten.

Wenn wir feststellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens über die Stufe eines Agrarlandes nicht hinausgegangen ist, so hat dies noch andere Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Spanien, als oben beschrieben. Dadurch, daß Spanien außer Bodenschätzen auf dem Weltmarkt nichts anzubieten hatte, andererseits die teureren Fertigprodukte aus dem Ausland importieren mußte, entstand im Außenhandel ein erhebliches Defizit. Ohne profitträchtige, veredelnde Großindustrie, die genügend eigenes Kapital anhäufen konnte, Außenhandelsüberschüsse erzielen konnte etc., kurz: die Kapitalarmut der spanischen Volkswirtschaft beheben konnte, war Spanien gezwungen ausländisches Kapital ins Land zu holen.

Für die imperialistischen Industriestaaten war Spanien, mit seinen niedrigen Löhnen und seiner rückständigen Sozialgesetzgebung, ein willkommener Kapitalanlagemarkt, der hohe Renditen versprach. Entsprechend hoch waren auch die ausländischen Beteiligungen in den rentabelsten Wirtschaftssektoren:
3 Mrd. franz. Franc im Bergbau; 5 Mrd. Pfund Sterling in der Metallverarbeitung des Baskenlandes, im Schiffbau und in den Kupferbergwerken am Rio Tinto; 1/2 Mrd. belgische Franc in Eisenbahnen und städtischen Verkehrsmitteln; deutsches Kapital beherrschte 1936 bereits das Elektrizitätswesen der Ostprovinzen und drang in die Metallverarbeitung ein; amerikanisches Kapital kontrollierte das Fernsprechnetz. Daß die Imperialisten kein Interesse an Sozialisierungen hatten war klar. Andererseits befanden sie sich – und das nicht nur in Spanien – im Konkurrenzkampf miteinander. Die Volksfrontregierung in Spanien hatte eigentlich nur zwei Möglichkeiten:



1. Das ausländische Kapital – soweit es nicht auf der Seite der Faschisten steht – wird weitestgehend unbehelligt gelassen. Dadurch ließe sich dann zumindest eine Neutralität erhalten; auch wenn diese "Neutralität" eigentlich nur im tatenlosen Beobachten der deutschen und italienischen Neutralitätsbrüche bestand.
2. Das ausländische Kapital wird entschädigungslos enteignet. Die Folge wäre der Schulterschluß der "demokratischen" Staaten mit den Faschisten gewesen. Denn: wenn der Faschismus siegt, siegt der Kapitalismus. Somit bleiben – bei vorübergehenden Vorteilen für das deutsche u. italienische Kapital – die Investitionsmöglichkeiten für die britischen, französischen und US-amerikanischen Kapitalisten vorhanden.

Wählt die spanische Volksfrontregierung den ersten Weg, bringt ihnen das die Kritik der Anarchisten und der anderen Ultralinken. Wählt sie aber den zweiten Weg, so trägt sie nur selbst zur Beschleunigung der eigenen Niederlage bei. Dieses Dilemma muß man beim Betrachten der spanischen Außenpolitik einfach vor Augen haben, will man nicht völlig geschichtsfremde Einschätzungen produzieren.

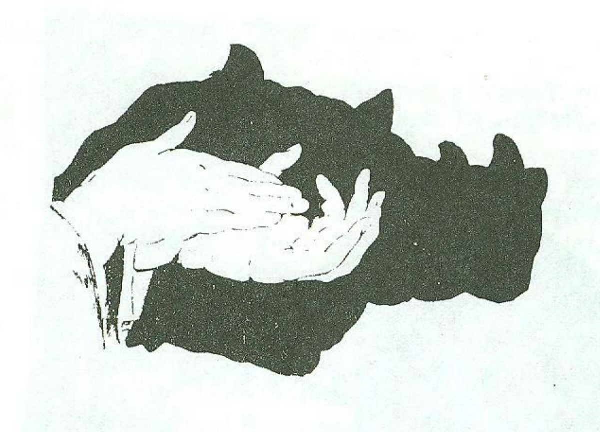
Die Kollektive – eine fatale Halbheit

Nach dem Zusammenbruch des republikanischen Staates hatten die aktiven CNT-Genossen damit begonnen, die Besitzfundamente der bürgerlichen Gesellschaft nach dem anarchistischen Rezept Malatestas zu zerschlagen. An die Stelle des Staates wollten sie die "libertäre" Gesellschaft setzen. Auf die Lösung dieser komplexen Aufgabe waren sie jedoch nicht vorbereitet. Sie konnten lediglich auf die vagen allgemeinen Grundsätze zurückgreifen, mit denen der Anarchismus seine Kritik am Kapitalismus bestreitet. In dieser unvorhergesehenen Situation fehlte es an klaren, präzisen Direktiven, die aufgrund von Ideologie und Organisationsstruktur der CNT gar nicht möglich waren. Es genügte aber nicht, die Betriebe zu "gesellschaftlichem Gut" oder Kollektiveigentum zu erklären. Da die Betriebe



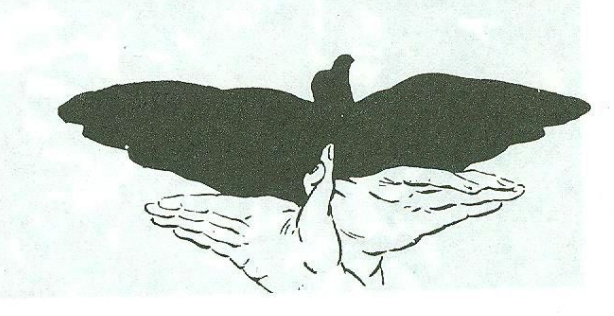
so übernommen wurden wie sie waren, war völlig unklar, mit welchem Kapital sie arbeiten sollten. Geld brauchten die Betriebe aber ganz offensichtlich: Devisen für den Bezug von Waren aus dem Ausland, Betriebskapital für die tägliche Arbeit, für Rohstoffe, Halbzeug, Arbeitslöhne. Die Regierung in Madrid verweigerte Kredite. Zum einen aus ideologischen Gründen, zum anderen dienten die Goldreserven als Deckung der Peseta und zum Waffeneinkauf.

Daher konnten die Betriebe nur mit dem wirtschaften, was sie zu Beginn der Kollektivierung besaßen. Die einmaligen Nothilfeaktionen der "regierenden Komitees", die Requirierungen von Wertsachen der Aufständischen, der Kirchen und Klöster, konnten das Problem nicht lösen.



Um die notwendigen Kredite zu erlangen, hätte die CNT die Bank von Spanien liquidieren müssen. Abgesehen davon, daß so ein Schritt ungeeignet ist, das grundsätzliche Problem, mit dem die Kollektive behaftet waren, zu lösen, war er machtpolitisch nicht realisierbar. Den "vergesellschafteten" Betrieben blieb häufig nichts anderes übrig, als zu kapitalistischen Betriebsegoismen der kurzsichtigsten Art zu greifen.
Am 17. Mai 1937 stellte eine CNT-Kommission in Barcelona fest: "Das unmäßige Verlangen, alles zu vergesellschaften, namentlich Betriebe, die über Geldreserven verfügen, hat unter den Massen einen utilaristischen und kleinbürgerlichen Geist geweckt... Da jeder Kollektivbetrieb als Sondereigentum und nicht als Nießbrauch galt, wurde auf die übrigen Teile der Gemeinschaft überhaupt keine Rücksicht mehr genommen... Die kollektivisierten Unternehmungen kümmerten sich ausschließlich um die Deckung ihrer eigenen Fehlbeträge, so daß die Finanzen der anderen Unternehmungen in völlige Unordnung gebracht wurden."
Die durch keinen Gesamtpian geregelte Umstellung der Betriebe bewirkte, daß sich die materielle Situation der Arbeiter sehr unterschiedlich entwickelte. Ein Betrieb, der über große Barreserven und ein großes, gefülltes Warenlager verfügte, konnte sich Lohnerhöhungen, Instandhaltung der Werke, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen etc. leisten. Betriebe in schlechten Ausgangssituationen konnten die Produktion nicht im vollen Umfange aufre hterhalten, die Löhne nicht pünktlich bezahlen, oder mußten dafür ihre letzten Reserven – soweit vorhanden – aufbrauchen.
Die Kollektivierung hatte sehr bald die selbe Ungleichheit hervorgebracht, die ihre Träger dem kapitalistischen System zur Last gelegt hatten. Tatsächlich konkurrierten an Stelle der Kapitalisten nun die Kollektive miteinander. Auch innerhalb der Kollektive waren die Ungerechtigkeiten des kapitaistischen Systems nicht prinzipiell abgeschafft worden. Es gab weiterhin Lohn-, Hand-, und Kopfarbeit. betriebsinterne Hierarchien und unterschiedliche Bezahlung nach Geschlechtern, um nur einige zu nennen.

Die Situation, in der sich die landwirtschaftlichen Kollektive befanden, war noch katastrophaler. Den Bauern, die zu den ärmsten der westlichen Welt gehörten, fehlten die Grundlagen für eine vernünftigere und effektivere Produktionsweise. Finanzielle Hilfe für das Notwendigste, Ankauf von modernen Maschinen und Düngemittel, Abstellung von geschulten Agrarfachleuten, fehlte ganz einfach. Von den Kollektiven auf dem Lande konnten die Gelder nicht aufgebracht werden, von der Industrie ebenfalls nicht. Und die Zentralregierung in Madrid weigerte sich aus o.g. Gründen Kredite zu geben. Anstelle einer dauerhaften Besserstellung der Bauern erfolgte die "Sozialisierung des Elends".
Erschwerend kam für die Landbevölkerung eine permanente Rechtsunsicherheit hinzu. Es war durchaus nicht klar, wem das enteignete Land der Großgrundbesitzer und Großbauern eigentlich zufallen sollte. Während die anarchistischen Milizen das Land kollektiviert sehen wollten, bestanden die Sozialisten und Kommunisten auf einer juristischen Klärung der Eigentumsverhältnisse.
Abgesehen von den Dörfern im Frontbereich, wo an einem Tag die Faschisten ein Dorf eroberten, am nächsten Tag die republikanische Seite, gingen auch in der Etappe die verschiedensten Milizen in den Dörfern ein und aus. Da die Bauern aber wenig Lust verspürten, Land, das ihnen wieder weggenommen, oder dessen Erträge von wild requirierenden Milizen in Beschlag genommen werden konnten, zogen sie es vor, abzuwarten. Dazu kam, daß die Regierung Giral verfügte, daß Pächter, die ein Grundstück sechs Jahre bewirtschaftet hatten, dieses durch langfristige Tilgung von Hypotheken erwerben konnten. Wenn auch der direkte praktische "Nutzen" dieses Gesetzes fehlte, weil a) niemand mehr Pachtzins bezahlte, b) oftmals die Grundbücher beim Einzug der anarchistischen Milizen in Freudenfeuern aufgingen, und c) die Regierung Giral praktisch über keine, nur ihr unterstellte, Exekutive verfügte, so war jedoch der juristische Eigentumstitel erneut bestätigt worden. Eine Aufsplitterung in zukünftig besitzende (ehem. Pächter) und besitzlose Landbevölkerung war die Folge: und das während eines – wie auch immer gearteten – revolutionären Prozesses. So wundert es dann wenig, wenn sich die "Errungenschaften" der Revolution oftmals über eine teilweise Kollektivierung des schon vor Juli 36 bearbeiteten Bodens nicht hinausging.

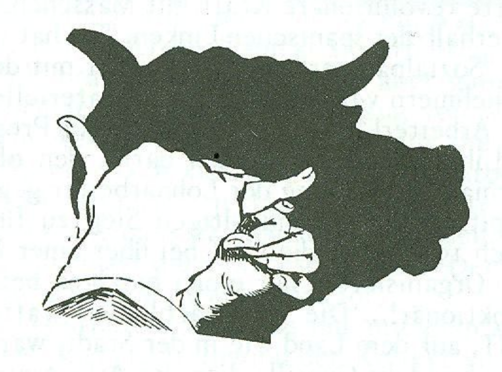


Wie auch im industriellen Bereich, bestanden die alten Ungleichheiten auch bei den landwirtschaftlichen Kollektiven weiter. Die Konkurrenz blieb erhalten, spielte sich jedoch zwischen den Kollektiven, zwischen Kleinbauern und Kollektiven und zwischen Kleinbauern untereinander ab. So waren dann auch die Getreidepreise von Provinz zu Provinz verschieden. Anarchistische Kolonnen in Aragon kauften bei den Dorfkomitees Weizen ein, transportierten diesen an die Levate – Küste (Provinz Valencia), wo der Weizenpreis wesentlich höher lag. Von dem Gewinn kauften sie Obst und Gemüse. Niemanden schien es dabei zu stören, daß letztlich die Arbeiterklasse zur Kasse gebeten wurde. Der "freie" (auf freiwilliger Basis zu Stande gekommen) Handel zwischen "freien Menschen" trieb seltsame Blüten.

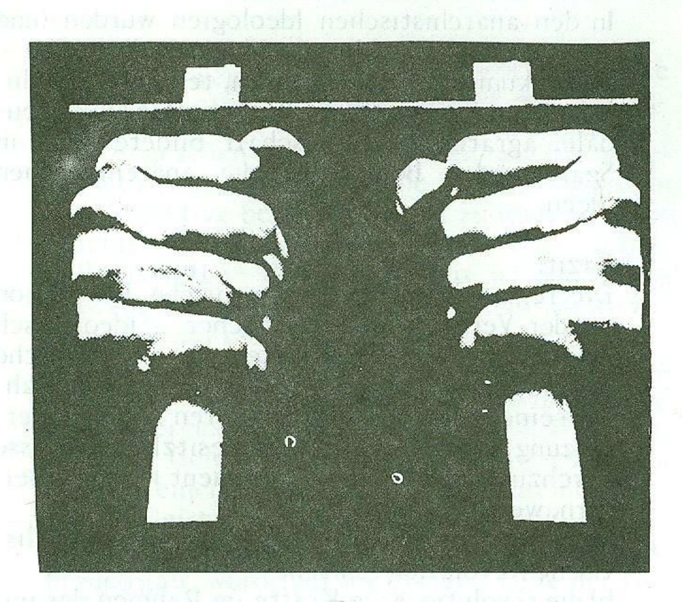
Nicht weniger seltsam sind manche Lohnsysteme in den landwirtschaftlichen Kollektiven. In Binefar (Aragonien) war die Bezahlung folgendermaßen geregelt: Mehl, Erbsen, Kartoffeln, Fleisch, Olivenöl, Gemüse und Wein wurden gratis verteilt, ohne Einschränkungen. Zusätzlich wurde an die Bevölkerung Ortsgeld in Form von Warencoupons ausgegeben. Jeder Mann erhielt 2,50 Pesetas, jede Frau 1,50 Peseta und jedes Kind 1 Peseta. Mit diesem Geld konnte im Kollektiv-Konsumladen eingekauft werden. Auch wenn dieses Versorgungssystem für die Betroffenen einen objektiven Fortschritt darstellt, ist es vom anarchistischen Gleichheitsprinzip doch weit entfernt.

Auf die Frage, warum die Marktwirtschaft von den Anarchisten nicht beseitigt wurde, könnte man es sich einfach machen und sagen: die politschen Umstände haben es verhindert. Die CNT kontrollierte zwar weite Teile der spanischen Ostprovincen, aber eben doch nicht ganz Spanien. Und allein konnte sie sich gegen Kommunisten, Sozialisten und Republikaner nicht durchsetzen. Folglich lag es gar nicht an der CNT, sondern an allen anderen. Diese Erklärung wäre jedoch so falsch wie einseitig.
Für uns scheint der Grund für das prinzipielle Scheitern der spanischen Kollektivmodelle in der anarchistischen Ideologie zu liegen. Die Anrchisten gingen in der Regel davon aus, daß der Mensch ein zu jeder Zeit selbstbestimmtes Wesen ist. Daraus folgert z.B.: Der Kapitalist, der seine Arbeiter ausbeutet und die Arbeitsbedingungen verschärft, hat zu seinem Handeln zu jeder Zeit eine Alternative. Er will also die Arbeitsbedingungen verschärfen. Die Frage nach der Ursache der Klassengegensätze wird so zu einer Frage nach Gut und Böse, ohne daß die Fragesteller dies nun wollten. Aber die objektiven ökonomischen Zwänge, die der Kapitalismus produziert, denen der Kapitalist prinzipiell genauso unterliegt, wie der Arbeiter, rücken in den Hintergrund. Die Anarchisten richteten sich denn auch mehr gegen die institutionalisierte (staatliche) Unterdrückung, als dies andere Gruppen taten. In Spanien waren die Anarchisten auch tatsächlich die Gruppe, die dem staatlichen Terror in jeder Regierungsform am schärfsten ausgesetzt worden war. War der Hauptfeind Staat erst einmal (zer-)geschlagen, würden sich die Menschen freiwillig auf der Basis der Gleichheit in Produktions- und Konsumgenossenschaften zusammenschließen. Detailliertere Planungen für "die Zeit danach" lehn(t)en Anarchisten mit der Begründung ab, daß die Menschen dann schon selbst wüßten, was zu tun wäre.
In den anarchistischen Ideologien wurden (und werden) radikal – liberale Ideen tradiert, die – von Bakunin u.a. – in feudalen, teilweise absolutistischen Staaten formuliert wurden. Eine feudale, agrarische Gesellschaft bildete auch in Spanien den Boden für die anarchistischen Ideen.

Fazit:
Die regional beschränkte spanische Revolution ist der Versuch fortschrittlicher – ideologisch kleinbürgerlicher – Kräfte, das Unmögliche möglich zu machen. Es ist der Versuch, im Rahmen einer bürgerlich-reaktionären Auseinandersetzung die Interessen der besitzlosen Klasse durchzusetzen. Dieses Experiment mußte scheitern, weil
a) in Spanien die Grundlagen für eine sozialistische Revolution fehlten,
b) die revolutionären Kräfte im Rahmen des imperialistischen Konfliktes zu schwach waren, und
c) weil das anarchosyndikalistische Modell der Kollektive die falsche Schlußfolgerung aus den gesellschaftlichen Widersprüchen ist. Die ideologische Nähe zum Liberalismus ist unübersehbar, und der Vorwurf an die Anarchisten, eine kleinbürgerliche Ideologie zu vertreten (wenn auch ohne dies zu wollen), wird eher bestätigt als widerlegt.



Wir halten es für notwendig, auf den in der ersten "Alles wird gut!" erschienenen Artikel zum "Mythos der anarchistischen Kollektive" zu antworten. Dort vertreten die Verfasser die Kernthese, daß die während des spanischen Bürgerkrieges entstandenen Kollektive ein Instrument "der bürgerlichen Konterrevolution" waren.
Wir werden unsere Replik chronologisch aufbauen und dabei den Schwerpunkt auf das Kräfteverhältnis innerhalb der spanischen Linken legen, da dies für das Verständnis des Verhaltens der Anarchisten und Anarchosyndikalisten unabdingbar ist.



Die spanische Linke vor dem Putsch

Zunächst gilt es, die anarchosyndikalistische Gewerkschaft C.N.T. (Confederacion National de Trabajo) vor dem Vorwurf der "Mythos"-Verfasser zu verteidigen, sie sei ein Teil der "linken Bourgeoisie" gewesen. Leider wird diese messerscharfe Analyse nicht weiter begründet, so daß wir annehmen müssen, dieser Schwachsinn ist der Feder von Leuten entwachsen, die weder wissen, was eine "Gewerkschaft", noch was eine "Bourgeoisie" ist.
Tatsächlich war die C.N.T. die einzige organisierte revolutionäre Kraft mit Massencharakter innerhalb der spanischen Linken. "Sie hat sich nie als "Sozialpartner" verstanden, der mit den Unternehmern verhandelt, um die materielle Lage der Arbeiterklasse zu verbessern; ihr Programm und ihre Praxis bestanden darin, den offenen, permamenten Krieg der Lohnarbeiter gegen das Kapital bis zum endgültigen Sieg zu führen... Noch 1936 hatte die CNT bei über einer Million von Organisierten nur einen einzigen bezahlten Funktionär!... Die hauptsächlichen Waffen der CNT, auf dem Land wie in der Stadt, waren der Streik und die Guerilla. Von der Arbeitsniederlegung bis zum Aufstand war es für die Anarchisten immer nur ein Schritt." (1)

Die C.N.T., 1910 in Sevilla gegründet, wurde unter der Diktatur Primo de Riveras (1923-1931) verboten und in den Untergrund gedrängt. Während dieser Phase (1923) ist die Zahl ihrer Mitglieder laut Rudolf Rocker mit 1 Million zu veranschlagen (2). Nach dem unblutigen Sturz der Diktatur wird im April 1931 die Republik proklamiert. Wäre die C.N.T. wirklich eine "republikanische Kraft" gewesen, wie es die "Mythos"-Verfasser behaupten, hätten sich ihre Aktiven wohl mit dieser Proklamierung zufrieden gegeben. Aber die Vorstellungen der Anarchosyndikalisten über ein selbstbestimmtes Leben gingen weiter. Im Januar 1932 versuchen die Anarchosyndikalisten in den katalonischen Kleinstädten Manrera und Berga die freiheitliche Kommune einzuführen. Doch diese Bewegung blieb ebenso wie der Aufstand von Casas Viejas (1933) lokal begrenzt und konnte daher von der republikanischen Regierung schnell niedergeschlagen werden. Trotzdem konnte die C.N.T. ihre Massenbasis ständig verbreitern. 1932 sind "die Arbeitermassen..., die von den revolutionären Aktionen der CNT beeinflußt werden und bereit sind, mit ihr zu marschieren,... mit 2 Millionen Männern und Frauen... (zu veranschlagen); an Mitgliedern... (hatte die CNT) eine Million, und Beiträge zahlten etwa 200.000."(3)



Brüssel 1929: Ascaso, Liberto Calleja, Durruti, Hermeterio de la Orden.



Im November 1933 fanden Neuwahlen statt. Die bisherige Regierung, bestehend aus Linksrepublikanern und Sozialdemokraten, wurde durch eine Rechtsregierung ersetzt. Es begannen die sogenannten "zwei schwarzen Jahren". Die erste Tat der neuen Regierung bestand darin, die zaghafte Agrarreform ihrer Vorgänger rückgängig zu machen. So wurden zehntausende Kleinbauern, denen von der Linksregierung brachliegendes Land übereignet wurde, wieder von ihrer Scholle vertrieben. Die bedeutendste Aktion der Linken während dieser Jahre war der Aufstand in Asturien, welcher der Bewegung 3000 Tote, 7000 Verwundete und 30000 Gefangene kostete. Dazu weiter unten.
Die Rechtsregierung wurde von zahlreichen Krisen geschüttelt. Im Dezember 1935 führte ein Bestechungsskandal zu ihrem Sturz. Neuwahlen wurden ausgeschrieben, die im Februar 1936 mit der Machtübernahme eines Linksblocks unter der Führung des Linksrepublikaners Quiroga entschieden wurde. Die neue Regierung begnügte sich damit, die während der letzten Jahre von der Rechten widerrufenen Gesetze wieder in Kraft zu setzen. Gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit und das um sich greifende Massenelend wußte sie nichts auszurichten. Die C.N.T. führte ununterbrochen kleinere und größere Streiks durch. Auf einem Kongress am 1. Mai 1936 erklärte sie noch einmal in aller Deutlichkeit die soziale Revolution für ihr Ziel.

Die Rechten hingegen gaben sich mit dem für sie ebenso plötzlich wie unerwarteten, noch dazu auf völlig legalem Weg erfolgten Machtverlust nicht zufrieden. Die faschistischen und andere reaktionäre Offiziere in der Armee gründeten eine Militärunion unter dem Vorsitz des Faschisten Franco. Diese Militärunion arbeitete eng mit der spanischen Falangepartei zusammen, die, unter der Leitung des Abgeordneten Calvo Sotelo, für zahlreiche Morde an Linken verantwortlich war. Beide Organisationen bereiteten einen Militärputsch vor.

Einer der Morde, für welche die Falangisten verantwortlich waren, war die Anfang Juli (1936) durchgeführte Erschießung eines Mitglieds einer sozialistischen Jugendorganisation. Die Antwort der Jugendlichen darauf war kurz und knapp und gut organisiert. Am 13. Juli wurde von Mitgliedern der gleichen Jugendorganisation der Vorsitzende der Falangisten, Calvo Sotelo, umgenietet. Nun ging alles sehr schnell. Am 16. Juli lät Franco seine Truppen in Spanisch Marokko putschen. Die rechten Militärs beginnen in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli den Putsch auf ganz Spanien auszuweiten. Bevor wir nun zum Putsch selbst und insbesondere auf die Reaktion der Anarchosyndikalisten kommen, noch ein paar Worte zu den anderen Organisationen der spanischen Linken.



Die F.A.I. (Federacion Anarquista Iberica) wurde 1927, während der Diktatur Primo de Riveras, gegründet. Sie war ein Zusammenschluß von Anarchisten, der grundsätzlich im geheimen arbeitete. Daher ist weder über ihre Organisationsstruktur noch über ihre Mitgliederzahlen näheres bekannt. Alle Mitglieder der F.A.I. waren auch gleichzeitig in der C.N.T. organisiert, aber nicht umgekehrt. Die F.A.I. betrachtete es u.a. als ihre Aufgabe, reformistischen Tendenzen innerhalb der C.N.T. entgegenzuwirken, was den Ausschluß mehrerer Mitglieder aus der C.N.T. zur Folge hatte. Die F.A.I. war also sowas wie das "linke Gewissen" der C.N.T.

Bereits 1879 wurde die sozialdemokratische Partei Spaniens (P.S.O.E.) gegründet, worauf 1888 eine eigene sozialdemokratische Gewerkschaft (U.G.T.– Union General de Trabajodores) ins Leben gerufen wurde. Beide Organisationen erhofften sich eine Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern durch Reformen, doch im Gegensatz zu den Anarchisten, die seit den Tagen der 1. Internationale über eine Massenbasis in Spanien verfügten, kamen die Sozialdemokraten bis zur Jahrhundertwende nicht über die Bedeutung einer Sekte hinaus.

Dann aber wuchs ihr Einfluß rapide. "Sie (die U.G.T.) führte den Generalstreik von 1917 an und verfügte bereits 1918 über 200000 Mitglieder."(4) Während der Diktatur Primo de Riveras wurde den Sozialdemokraten das Angebot gemacht, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Der U.G.T. Sekretär Caballero nahm das für ihn verlockende Angebot an und wurde zum Staatsrat ernannt. Das diskreditierte die Sozialdemokraten vor allem beim revolutionären Proletariat Spaniens, was während der Diktatur besonders brutal unterdrückt wurde.

Die U.G.T. verfügte nach der Diktatur über 300000 Mitglieder und konnte diese Zahl bis 1934 auf etwa 1.250.000 steigern. (5) Dies führte zu einer Radikalisierung ihrer Politik, und der gleiche Caballero, der unter der Diktatur Riveras die Verfolgung der C.N.T. mitverantwortete, wurde nun zu einem wortgewaltigen Verfechter der sozialen Revolution. Im Oktober 1934 brach in Asturien ein größerer Aufstand aus. Die U.G.T. hatte dort 40000 und die C.N.T. 30000 Mitglieder (6). Es kam zu einem Bündnis beider Organisationen und es gelang, Polizei und Militär zu entwaffnen. Arbeitermilizen wurden gegründet, Fabrikbesitzer dgl. enteignet. Doch der Aufstand beschränkte sich auf Asturien und am 18. Oktober war die Regierung wieder Herr der Lage. Bei der Niederschlagung des Aufstands tat sich ein General Franco besonders hervor.

Die Kommunisten Spaniens spielten eine untergeordnete Rolle. 1920 wurde die P.C.E. gegründet (7), die sich jedoch fortwährend spaltete und bedingungslos der wechselhaften Politik der Komintern folgte, die die spanischen Verhältnisse in keiner Weise berücksichtigte. Das machte eine halbwegs vernünftige Aufbauarbeit unmöglich, so daß die P.C.E. am Vorabend des Bürgerkriegs nicht mehr als 3000 bis 35000 Mitglieder (die Angaben schwanken stark) zählte.
Eine andere kommunistische Organisation war die P.O.U.M., die im "Juli 1936 kaum mehr als 3000 eingeschriebene Mitglieder" (8) hatte. Sie wurde erst 1935 gegründet, hatte aber laut Broue und Temime durch das Prestige ihrer Führer gewisse "Zukunftshoffnungen".(9)

Der Putsch (19. Juli 1936)
Die C.N.T.-F.A.I. war auf den Putsch der Generale nicht unvorbereitet. Bereits einige Tage vor dem 19. Juli wiesen Genossen in den Kasernen darauf hin, daß der Putsch unmittelbar bevorsteht. Daraufhin wurden Kampfeinheiten und Verteidigungskomitees für die einzelnen Stadtteile organisiert. Ein Generalstreikkomitee wurde eingesetzt. Da die Anarchisten kaum über Waffen verfügten, mußten sie sich welche besorgen. In Barcelona, wo 90 % aller Arbeiter in der C.N.T. organisiert waren (10) (wie überhaupt Katalonien die Hochburg der C.N.T. war; 80 % aller Arbeiter und Bauern waren dort anarchosyndikalistisch organisiert), wird ein mit Gewehren beladenes Schiff überfallen. Doch das reicht nicht aus, um die vielen Arbeiter zu bewaffnen, die bereit sind, sich dem Militär entgegenzustellen. Die Arbeiter bleiben überwiegend erstmal auf Pistolen und Revolver angewiesen. In Madrid fordern die organisierten Anarchisten unter Hinweis auf die drohende Gefahr des Faschismus Waffen von der Regierung. Doch diese fürchtet die Revolution. Währenddessen beginnen die sozialdemokratischen Minister mit der Waffenverteilung an ihre Partei- und Gewerkschaftsmitglieder.

Die "Mythos"-Verfasser behaupten, die C.N.T. hätte weder zum Generalstreik aufgerufen, noch zur Bewaffnung der Arbeiter beigetragen. Uns liegen dagegen gegenteilige Informationen aus verschiedenen Quellen vor. Die C.N.T. rief sowohl zum Generalstreik auf, der dann auch, nachdem das Militär die Kasernen verlassen hatte, durchgeführt wurde, wie es auch vor allem ihre Aktiven waren, die sich bewaffnet den putschenden Truppen entgegenstellten. Die "Mythos"-Verfasser versteigern sich außerdem zu der Forderung an die spanischen Arbeiter, sie hätten neben dem Militär auch gleich die Anarchosyndikalisten niederschlagen sollen. Es wird aber unglücklicherweise nicht ganz ersichtlich, welchen Zusammenhängen die C.N.T. diese Forderung zu verdanken hat, so daß eine Auseinandersetzung darüber unmöglich ist.

Nach 14 Tagen Kampf gegen die Faschisten sah die Situation so aus: Franco war es gelungen, ein Drittel Spaniens zu besetzen und vom Mittelmeer bis zum Golf von Biscaya eine Front aufzubauen. Er wurde von deutschen Kampfflugzeugen und italienischen Panzern unterstützt. Doch das Volk des antifaschistischen Spaniens war entschlossen, den Faschisten entschieden Widerstand entgegenzusetzen. So begann der spanische Bürgerkrieg, der drei Jahre dauern sollte und das Vorspiel zum 2. Weltkrieg war.

Bemerkungen
(1) Hans Magnus Enzensberger: "Der kurze Sommer der Anarchie", Suhrkamp-Verlag, S. 33
(2) Rudolf Rocker: 2Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten", Suhrkamp-Verlag, S. 313
(3) "I.A.A. 10 Jahre Internationaler Klassenkampf", S. 44; aus: Monika Wojak: "Das Verhältnis von Anarchisten zu linken Regierungen", Impuls Velag, S. 5
(4) Pierre Broue/Emile Temime: "Revolution und Krieg in Spanien", S. 73, aus M. Wojak...a.a.O., S. 10
(5) M. Wojak...a.a.O., S. 12
(6) Augustin Souchy: "Nacht über Spanien", Trotzdem-Verlag, S. 69
(7) Die P.C.E. war eine Abspaltung der P.S.O.E.
(8) Broue/Temime...a.a.O., S. 86,; aus: M.Wojak...a.a.O.,S.16
(9) Die P.O.U.M. war eine Vereinigung von 2 Abspaltungen der P.C.E. Einmal der linken Opposition (analog Trotzkis und Sinowjews in der UdSSR) und andererseits der rechten Opposition (analog Bucharins in der UdSSR).
(10) M.Wojak...a.a.O., S. 29

– Fortsetzung folgt–

GJA (Gruppe Junger Anarchisten)



Neben ihren zahlreichen sonstigen Bestätigungen gibt die FAU/R seit einiger Zeit Broschüren zu allgemein interessierenden Fragen der Zeit heraus. Der Reingewinn fließt unmittelbar in die Geldsäcke mit uns kooperierender Kneipenwirte und stellt somit einen wertvollen Beitrag zur Förderung des kleinständischen Gewerbes dar:

Karl Korsch, "Was ist Sozialisierung" DM 2,-
In diesem Programm des praktischen Sozialismus stellt sich Korsch den bis heute unter Linken heiß umstrittenen Problemen, wie eine Sozialisierung der Produktionsmittel praktisch gestaltet werden kann ohne als Verstaatlichung zu zentral gelenkter Planwirtschaft zu degenerieren oder als Überführung in das alleinige Eigentum der Produzenten eine neue Runde marktwirtschaftlicher Konkurrenz einzuleiten.
Er arbeitet darin aus, wie die Versorgung mit den gesellschaftlich notwendigen Gütern bei Abschaffung von Warenproduktion erreicht werden kann und wie zwischen den auf der Oberfläche entgegengesetzt erscheinenden Interessen von konsumenten und Produzenten vermittelt werden kann. Ein Aufsatz zur rätekommunistischen Theoriebildung.

Bestellt massenhaft bei der
Freien Arbeiter-Union/
Rätekommunisten
Postlagerkarte A 058133
2000 Hamburg 50

G. Dimitroff, "Arbeiterklasse gegen Faschismus", DM 4,--.

Es handelt sich um den Quellentext zu einer ganzen Schule auf ihm aufbauender Ansätze zu einer marxistischen Faschismustheorie. Wir bieten ihn in unverändertem Nachdruck. Jeder Linke, der sich mit Fragen des Faschismus befaßt, sollte ihn kennen. Dimitroff schrieb den Beitrag 1935 für die Kommunistische Internationale. Sein großer Vorzug liegt darin, daß er nicht im Rückblick geschrieben wurde. Hinterher ist man ja immer klüger und stellt dann leicht komplizierte gesellschaftliche Prozesse so dar, als hätten gerade die dem Autor wesentlich erscheinenden Faktoren gerade diese und nur diese Entwicklung unvermeidbar gemacht. Der Leser hat daher die Möglichkeit, das, was marxistische Analyse in der Dimitroffschen Anwendung leistet, anhand seiner eigenen Kenntnis des späteren tatsächlichen Geschichtsverlaufs zu überprüfen, frei nach unserem Motto, daß die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist.

Vorsicht beim Lesen, es handelt sich hier um eine ANZEIGE!

"Lieber Krankfeiern als gesundschuften" DM 2,-

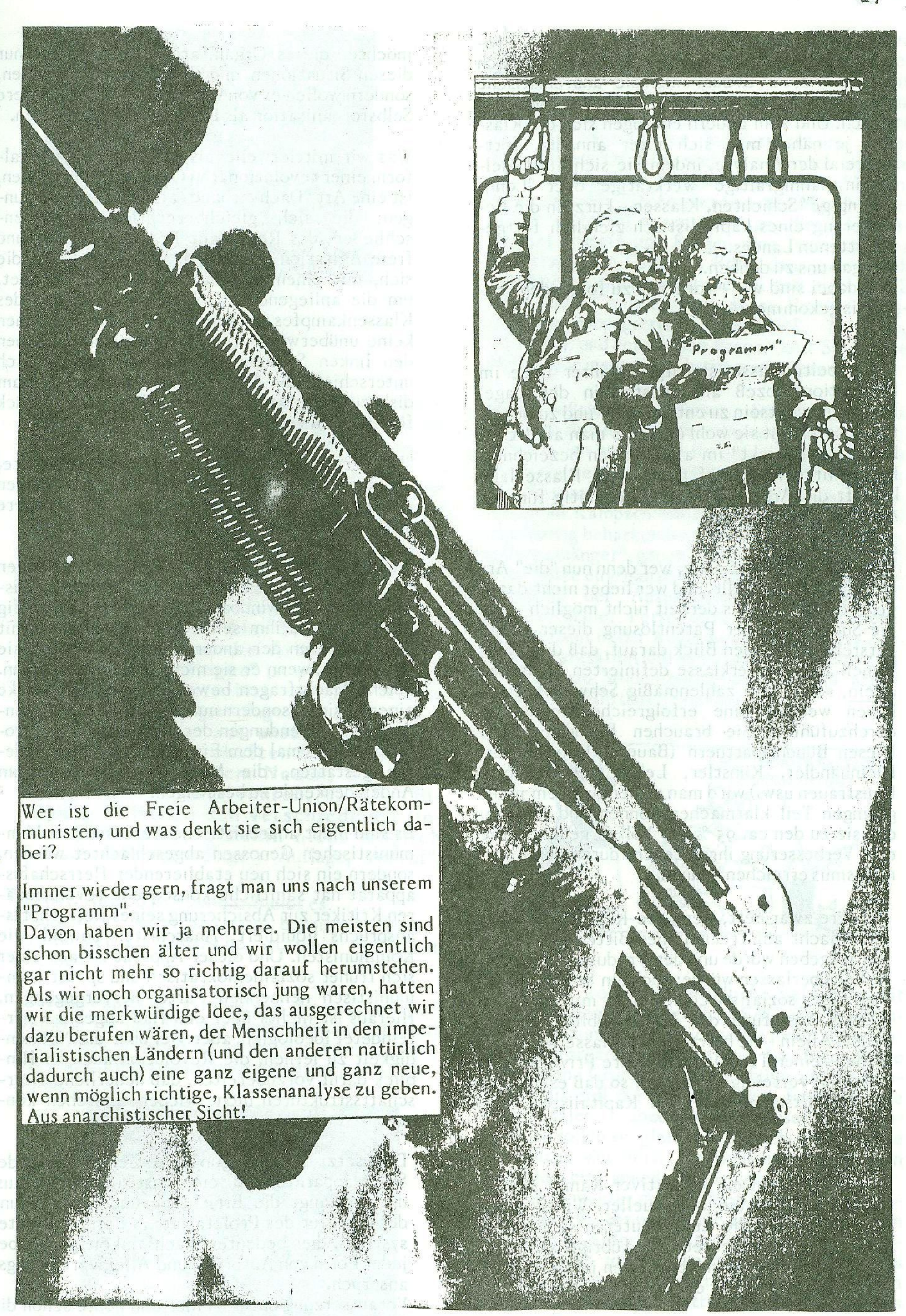
Zur "Krankfeier-Broschüre" ist inhaltlich wenig zu sagen. Sie kann gar nicht genur verbreitet werden. Sie gehört gleich neben Brehms-Tierleben und dem Kochbuch in jeden Haushalt. Wer mehr über ihren Ursprung, über den ganzen Verbotskladderadatsch usw in Erfahrung bringen will, dem sei vom Kauf abgeraten. Hierfür sollte er die gleiche Broschüre mit ausführlichsten Anmerkungen im linken Buchhandel für schlappe DM 8,50 beziehen. Wer sie aber nicht aus bibliophilem Interesse besitzen will, sondern sie ihrem Zweck gemäß benutzen möchte,. dem kann s gar nicht genug ans Herz gelegt werden.

"Das Millionending" DM 2,-

Dieser Ratgeber für den Umgang mit Versicherungen entstand ebenfalls der beliebten Reihe "Wege zu Wissen und Wohlstand". Man kennt das ja: Erst zahlt man rechtschaffen 1 Versicherungsprämie, dann geht was kaputt oder man wird im schwerverdienten Urlaub ausgeraubt und dann stellt sich heraus, daß man doch nicht hoch genug versichert war. Dagegen bietet die Broschüre zahlreiche Tips und Hinweise.!

Karl Korsch, "Quintessenz des Marxismus" DM 2,-

Diese 1922 erschienene Einführung in den Marxismus ist leicht verständlich ohne dabei platt zu sein. Sie widerlegt die These, ein anspruchsvoller Inhalt könne nur in Wissenschaftschinesisch geschrieben sein. Korsch gibt die Ergebnisse des Marxschen Kapital wieder und legt damit die Grundlage zu weiterer und eingehenderer Beschäftigung mit der politischen Ökonomie im besonderen und dem historischen und dialektischen Materialismus im allgemeinen.



Wer ist die Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten, und was denkt sie sich eigentlich dabei?

Immer wieder gern, fragt man uns nach unserem "Programm".
Davon haben wir ja mehrere. Die meisten sind schon bisschen älter und wir wollen eigentlich gar nicht mehr so richtig darauf herumstehen. Als wir noch organisatorisch jung waren, hatten wir die merkwürdige Idee, das ausgerechnet wir dazu berufen wären, der Menschheit in den imperialistischen Ländern (und den anderen natürlich dadurch auch) eine ganz eigene und ganz neue, wenn möglich richtige, Klassenanalyse zu geben. Aus anarchistischer Sicht!

Bei den Diskussionen um unsere diversen Programmentwürfe stellten wir dann endlich nach Jahren fest, daß es zum einen die "anarchistische Sicht" der Dinge nicht gibt. Es sei denn bei einzelnen. Und zum andern entzogen sich die Klassen, je näher man sich ihrer annahm, fortwährend der Analyse, indem sie sich aufdröselten in mannigfaltige "Werktätige" oder "Lohnabhängige" Schichten, Klassen - kurz: in die Bevölkerung eines kapitalistisch ziemlich fortgeschrittenen Landes.
Das gab uns zu denken.
Und dabei sind wir - vorerst - zu folgendem Ergebnis gekommen:

1.
Die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer Lage im Produktionsprozeß am ehesten in der Lage, Klassenbewußtsein zu entwickeln - und zu behalten. Insofern ist sie wohl das, was man als "revolutionäres Subjekt" im allgemeinen bezeichnet. Denn mit dem Kampf gegen ihre Klassenlage kämpft die Arbeiterklasse gleichzeitig für alle Ausgebeuteten.

2.
Eine genaue Eingrenzung, wer denn nun "die" Arbeiterklasse darstellt, und wer lieber nicht dazugehören soll, ist uns derzeit nicht möglich - und die Suche nach der Patentlösung dieser Frage verstellt oft nur den Blick darauf, daß die traditionell als Arbeiterklasse definierten Menschen allein, schon rein zahlenmäßig Schwierigkeiten haben werden, eine erfolgreiche Revolution durchzuführen. Sie brauchen Bündnispartner. Diesen Bündnispartnern (Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Künstler, Lehrer, Arbeitslose, Hausfrauen usw.) wird man sicher zu einem nicht geringen Teil klarmachen können und müssen, daß sie zu den ca. 95 % des Volkes gehören, die eine Verbesserung ihres Lebens durch den Kommunismus erreichen können.

3.
Es wäre zwar nett, wenn die Kapitalistenklasse ihre Macht auf freundliches Bitten der Massen hin aufgeben würde und den Produzenten die Fabriken überlassen würde; auch ein 80%iger Wahlsieg einer sozialistischen Partei mit darauffolgender Ausrufung der Räterepublik wäre uns recht. Allein - die herrschende Klasse wird - wie bisher - einen Teufel tun und ihre Privilegien bis aufs Blut verteidigen (lassen), so daß es nur über den gewaltsamen Sturz der Kapitalisten gehen wird.

4.
Zweifellos führt ein kollektiver Kampf eher zu Ergebnissen, als ein individueller. Wir sind deshalb dafür, daß die Ausgebeuteten sich organisieren. Die Ausgebeuteten sind übrigens auch dafür. In revolutionären Situationen ist ihr Organisationsprinzip immer das der Räte gewesen. Wir möchten dieses Organisationsprinzip nicht nur diesen Situationen und dem Zufall überlassen, sondern wollen es von vornherein auch für unsere Selbstorganisation als Revolutionäre benutzen.

Was wir mittlerweile als die vorläufige Idealform einer revolutionären Organisation ansehen, ist eine Art "Dachverband" aller linken Strömungen, die sich gleichberechtigt zusammenschließen, das Recht auf Fraktionsbildung und freie Agitation und Propaganda haben und die sich, mit einem Minimalkonsens ausgestattet, um die anliegenden Probleme und Fragen des Klassenkampfes gemeinsam kümmern. Wir sehen keine unüberwindbaren Widersprüche zwischen den linken Strömungen, sondern nur taktisch unterschiedliche Auffassungen, die, gemeinsam diskutiert anstatt festgeschrieben, sicher Stück für Stück zu vereinheitlichen sind.

"Unüberwindbar" sind religiöse Glaubenszwiste, unüberwindbar ist der Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten - alles andere sind Widersprüche im Volk, die lösbar sind.

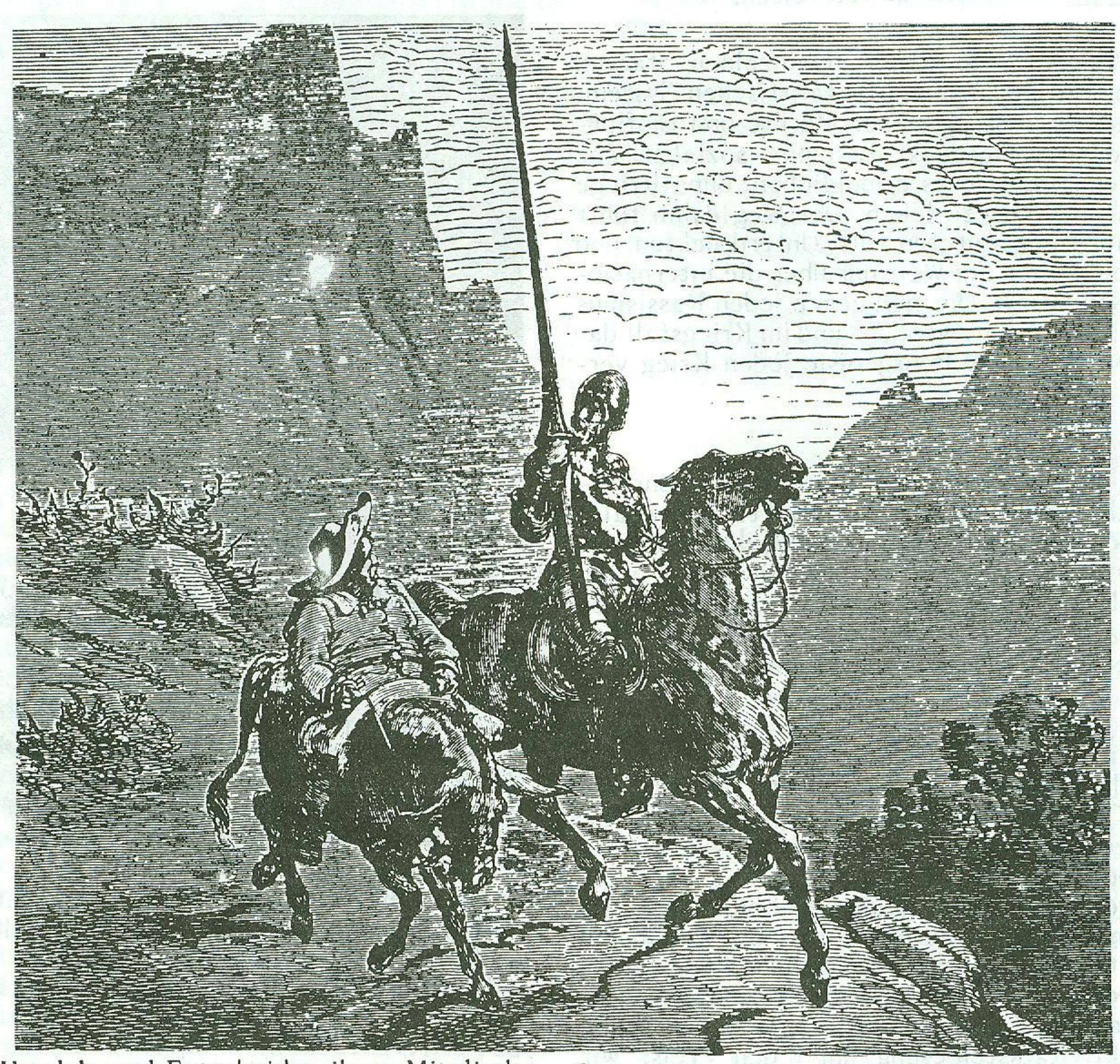
Wer Widersprüche zwischen Linken, also sagen wir mal zwischen Kommunisten und Anarchisten, für unüberwindbar hält, wird zwangsläufig dann, wenn es ihm seine Macht gestattet, mit den Ansichten der anderen aufräumen und sie liquidieren, wenn er sie nicht unterwerfen kann. Solche Machtfragen beweisen nicht die Stärke einer Ansicht, sondern nur die willkürlichen Windungen und Wendungen des Weges zur Weltrevolution, die es mal dem Einen und mal dem Anderen gestatten, die Macht zu benutzen um Andersdenkende zu beseitigen.

Es sind nicht anarchistische Genossen von kommunistischen Genossen abgeschlachtet worden, sondern ein sich neu etablierender Herrschaftsapparat hat sämtliche konsequent revolutionären Kritiker zur Absicherung seines Herrschaftsanspruchs liquidiert, Anarchisten sowohl wie Kommunisten. Und dieser Apparat ist aus einer sich früher sozialdemokratisch und später kommunistisch nennenden Partei hervorgegangen. Hieraus ist nichts über den Haß angeblich verfeindeter Ideologien, aber viel über die Notwendigkeit zu lernen, die Revolution auch in Hinblick darauf vorzubereiten, daß neuerliche Herrschaftsstrukturen nicht wieder entstehen können.

Dies setzt die bedingungslose Zerschlagung des Staatsapparates und seiner Institutionen voraus, dies verlangt die Errichtung und Verteidigung der Diktatur des Proletariats in Form des Rätesystems, dies bedeutet Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Autorität und Alleinvertretungsanspruch.
Voraussetzung dafür ist hier und heute schon die Bereitschaft, unterschiedliche Standpunkte

unter Revolutionären inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen und offen und sachlich zu diskutieren. Notwendig ist dabei allemal das Bemühen jedes einzelnen Revolutionärs, sein eigenes Bewußtsein kollektiv und undogmatisch weiterzuentwickeln.

Der Tod der Revolution tritt nicht erst an dem Tag ein, wenn ein Josef Stalin Generalsekretär der KPdSU wird, sondern dann, wenn es die Strukturen einer ehemals revolutionären Organisation zulassen, daß das Denken und verantwortliche Handeln und Entscheiden ihrer Mitglieder zugunsten blinden Kadavergehorsams abgeschafft werden kann.



5.
"Die Revolution ist eine Kulturfrage" heißt für uns: wer die heutigen Köpfe in den Kommunismus versetzt und dann behauptet, das gehe nicht, weil "der Mensch an sich" böse, egoistisch, dumm und gewalttätig ist, verneint jede Entwicklungsmöglichkeit des Bewußtseins und jede Rückwirkung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Köpfe der Menschen. Wir gehen nicht davon aus, daß man Auseinandersetzungen und Diskussionen auf den St. Nimmerleinstag verschieben kann und wir glauben nicht an den hundertprozentigen Automatismus, daß die Produktionsverhältnisse in den Köpfen von allein die revolutionären Einsichten ausreifen lassen.
Ein wenig bewußte Nachhilfe der Revolutionäre, was die Charakterbildung der Revolutionäre angeht, ein bewußter Kampf gegen Dogmatismus und Denkträgheit, der bewußte Wille zur Einheit - kann zwar keine Berge versetzen aber vielleicht verhindern, daß die verschiedenen Ansichten als Machtprobe in die Praxis umgesetzt werden.

6.
Weil sich für uns eine Unmenge unserer ehemaligen Auffassungen als nicht haltbar, zu wenig hinterfragt oder überholt herausgestellt haben, weil wir die historisch begründeten Richtungen revolutionären Denkens und Handelns nicht blind auf die heutige Situation übertragen können und wollen - stehen wir vor einer Welt voll ungelöster Fragen.
Einzige uns bekannte Möglichkeit, die Wirklichkeit zu erkennen, ist die unvoreingenommene offene Herangehensweise an die Realität über eine Methode wissenschaftlicher Untersuchung (dialektischer und historischer Materialismus) im

Interesse der Ausgebeuteten. Sollten wir eine bessere kennenlernen, werden wir sie benutzen.

Erstes Ziel unserer Selbstorganisation ist deshalb auch nicht, ein "Programm" nachzubeten (wie kennen verschiedene gute Programme verschiedener Organisationen), sondern uns dazu auszubilden, vermittels dieser Methode ALLES selbst zu hinterfragen und zu untersuchen, NIEMALS etwas einfach hinzunehmen, weil es von irgendwelchen Autoritäten kommt und STÄNDIG Auffassungen zu bekämpfen, die vorgeben, endgültige Wahrheiten zu verbreiten.

7.
Die Widersprüche zwischen einzelnen Staaten haben ihre Ursache im kapitalistischen System, das auf Ausweitung seiner Märkte und Einflußsphären angewiesen ist. Erst eine sozialistische Weltrepublik wird es ermöglichen, ohne Kriege und Ausbeutung zu leben. Der Weg dahin führt für die Ausgebeuteten, die Unterdrückten und die Beleidigten der Welt nur über die internationale Solidarität, die sich gegen jeden Rassismus und Chauvinismus wendet - und im Kriegsfall dafür sorgt, daß die Bourgeoisie jeden Krieg verliert.

8.
Wenn wir den Privatbesitz an Produktionsmitteln ablehnen, so auch den Kollektivbesitz, also z.B. den Besitz einer Fabrik durch ihre Arbeiter. Für uns endet der Privatbesitz an Produktionsmitteln erst, wenn diese samt Grund und Boden vergesellschaftet, sozialisiert sind und alle Mitglieder der Gesellschaft darüber verfügen.

9.
Wenn man uns nach Vorbildern fragt, was uns als Gesellschaftssystem vorschwebt, ob wir also nach China oder in die Sowjetunion gehören z.B., müssen wir zugeben, daß das, was wir wollen, beispiellos ist.
Wir wollen die Abschaffung der Lohnarbeit, wir wollen keine Warenproduktion; wir wollen die Unterteilung in Hand- und Kopfarbeit und die damit verbundene unterschiedliche Wertung der sogenannten Leistung nicht; wir wollen keine Produktivitätssteigerung um jeden Preis; wir wollen keine Gefängnisse und Anstalten; wir wollen keine Abhängigkeit "unentwickelter" von "entwickelten" Gebieten und keine Abhängigkeit der geographisch ungünstiger gelegenen Gegenden von den Kornkammern; wir wollen keine Berufspolitiker, keine Armee und keine Polizei...

Wir sehen, daß das allein, so wenig es auch ist, nirgends auf diesem Planeten schon verwirklicht ist. Auch nicht in den von manchen als "real" angesehenen sozialistischen Ländern (selbst wenn sie die Phase der Diktatur des Proletariats angeblich schon abgeschlossen haben).

Was wir wollen, ist die Verteilung der gesellschaftlich wirklich notwendigen Arbeit auf alle Schultern. Die Bedürfnisse aller sollen befriedigt werden - nicht mehr.

Wir wollen, daß die Menschen am Morgen fischen



REVOLUTION
Angeln also. Das Fangen von Fischen mittels Schnur und Haken. Dieses Prinzip ist dasselbe geblieben.

oder malen, am Mittag zwei Stunden Zeit haben, sich miteinander in der Produktion gesellschaftlich notwendiger Güter zu vergnügen, und am Abend bei einem Punsch diskutieren und kritisieren.

Freiheit heißt, keine Angst zu haben

VOR NICHTS UND NIEMAND!!

Psychiatrie? Nie!

Ca. 85 % der Menschen, die in die psychiatrische Abteilung des AK Ochsenzoll gebracht werden, sind zwangsweise Eingewiesene. Der Rest kommt freiwillig (z.B. auf Anraten eines Arztes). Sinn des Aufenthaltes dort soll es sein, Neurotiker und Psychopaten zu therapieren.
Obwohl es spannend zu werden verspricht, zu beschreiben, wie man zum Ausgeklinkten wird, möchte ich mich mehr auf die Therapie als solche konzentrieren. Denn ohne sinnvolle Therapie kommt man ja genau so oder so ähnlich aus der Psychiatrie, wie man hineingekommen ist. Genau das ist der Punkt.

Laßt mich einmal beschreiben, wie es bei der Aufnahme (Haus 32 A-D) aussieht. Bei allen zwanghaft Eingewiesenen das gleiche Schema: Nach 5-20 Minuten Warteraum ein Gespräch mit einem Arzt/einer Ärztin. Völlig unabhängig davon, was man sagt oder tut, erscheinen während oder kurz nach dem Gespräch, das zwei bis zehn Minuten dauert, zwei oder drei Pfleger. Von diesen wird man meist sofort und ohne Warnung oder gar Aufforderung zu irgendwas, angegriffen und überwältigt. Anschließend folgt das Anschnallen ("Fixieren") an ein Bett.
Nach dieser "Schocktherapie" wird sofort kräftig weitertherapiert. Es folgt die obligatorische Spritze (kriegen auch die meisten Freiwilligen, allerdings nach gutem Zureden). In der Spritze befindet sich "Haldol", was als die z.Zt. stärkste Beruhigungsspritze auf dem Weltmarkt gilt. Man schläft augenblicklich ein, und zwar – je nach Dosis – für bis zu vier Tage und Nächte.
Ist die "Schlaftherapie" beendet, wacht man angeschnallt im Patienten-Zimmer wieder auf. Es folgt das Abschnallen (vom Bett) und – wenn man Glück hat nach einigen Stunden – die Arzt-Visite. Dann darfst Du erzählen, wie es Dir geht, wie Du Dich fühlst usw. Meistens geht es Dir unter Haldol allerdings ziemlich dreckig, weil Du Krämpfe am ganzen Körper hast (keine Seltenheit!) und Dich überhaupt nur noch wie ein Roboter bewegen kannst. Wenn überhaupt. Denn vielleicht bleibst Du erstmal für´ne Woche angeschnallt.
Bei der Visite wird entschieden, auf welches Haus Du verlegt wirst (Ochsenzoll hat ca. 20 Häuser für Psychiatrie-Patienten). es gibt "offene" und "geschlossene" Abteilungen, d.h. die Tür in das Krankenhausgelände ist entweder immer offen oder immer zu. Nach einem kurzen Aufnahme-Gespräch mit dem behandelnden Arzt bis Du – meist bis zu Deiner Entlassung – fester Bestandteil der Station. Aber auch die zwischenzeitliche Verlegung von einer "geschlosenen" auf eine "offene", oder in umgekehrter Reihenfolge, ist möglich. Ob und in welchem Umfang Du dann Ausgang (aufs Krankenhausgelände) oder Urlaub (nach Hause) bekommst, wird bei der dortigen Arzt-Visite entschieden. Diese findet maximal drei mal in der Woche statt und dauert eine bis zehn Minuten.

Inzwischen wird natürlich "weitertherapiert". D.h., Du wirst mit Medikamenten bis zur Nebenwirkung und darüber hinaus nur so vollgestopft.
Außerdem gibt es noch andere "Therapien", als da wären: die "Sport"-, die "Musik"-, die "Beschäftigungs"-, die "Arbeits"- und die "Gesprächstherapie".
"Sporttherapie":
Du machst nach Anweisung des Sportlehrers bestimmte Übungen mit. Diese "Therapie" geht natürlich nicht an die Wurzeln deiner Neurose oder Psychose. Du kannst Dich allenfalls ein bißchen austoben.
"Musiktherapie":
Du hackst mit ca. 10 Leuten auf irgendwelchen Instrumenten rum (oder spielst "richtig", wenn Du kannst). Auch hier lernst Du nicht, Dich richtig auszudrücken oder zu vermitteln, wenn Du damit Schwierigkeiten haben solltest. Das lernst Du im Gespräch viel besser, oder willst Du Zeit deines Lebens mit einer Triangel durch die Gegend rennen?
"Beschäftigungstherapie":
Du fertigst aus Papier, Holz oder Ton verschiedene Dinge deiner Wahl oder malst. Wenn Du kreativ mit Dingen umgehen kannst, dann heißt das noch lange nicht, daß Du dementsprechend (also verändend und produktiv) deine Verhältnisse zu anderen Leuten leben kannst.
"Arbeitstherapie":
Einen Aufkleber auf einen Karstadt-Karton, und Du bist mit dem leichten Aufkleber Deine schwere Neurose los!
"Gesprächstherapie":
Diese Therapie ist die einzige "echte", die sie anzubieten haben! Du setzt Dich mit mehreren Patienten und einem Psychologen/einer Psychologin zusammen und quatscht Dich aus oder hörst zu, was die anderen zu sagen haben. Dabei können fruchtbare Diskussionen entstehen.

Die Teilnahme an diesen "Therapien" kann freiwillig oder obligtorisch sein.
Nach Deiner Entlassung (auch bei Freiwilligen meist nicht unter einem Monat!) wirst Du zwecks der weiterlaufenden Einnahme von Medikamenten zu einem Psychiater bestellt (muß aber nicht immer so sein). Ihm kannst Du dann erzählen, was sie in der Psychiatrie mit Dir gemacht haben.
"Die Psychiatrie... unterläßt es, etwas an den Inhalt der Wahnidee anzuknüpfen, und sie gibt uns in Hinweis auf die Heredität eine sehr allgemeine und entfernte Ätiologie, anstatt zuerst die speziellere und näherliegende Verursachung aufzuzeigen."(Freud)
Torsten

FASCHISTISCHE PROPAGANDA UND FDGO

Vorbemerkung

Dieser Artikel wurde in kürzerer Fassung in dem Flugblatt zum 17. Juni veröffentlicht, das von der Vollversammlung der Leitungen und Delegierten der revolutionären Sozialisten herausgegeben wurde. Wir werden in einer späteren Ausgabe von **ALLES WIRD GUT** in diesen Themenkomplex – Faschismus und Revanchismus – tiefer einsteigen.

DAS WIEDERVEREINIGUNGSGEBOT DES GRUNDGESETZES ERLEICHTERT FASCHISTISCHE PROPAGANDA

Das Grundgesetz

Die Entstehung der BRD erklärt sich aus dem Interesse der westlichen Siegermächte, vornehmlich der USA, ein starkes politisches und wirtschaftliches Bollwerk gegen die Sowjetunion aufzubauen. Die westdeutsche Bourgeoisie bekam aus diesem Zweck nicht nur enorme finanzielle Aufbauhilfen, sondern auch eine Teilsouveranität zugestanden. Mit der Ubergabe der "Frankfurter Dokumente" am 1. Juli 1948, an die Ministerpräsidenten der Länder in den drei Westzonen, empfahlen die westlichen Militärgouverneure die Einberufung eines Parlamentarischen Rates. Dieser sollte die Verfassung des zu bildenden Staates ausarbeiten. Am 8. Mai 1949 verabschiedete dieser Parlamentarische Rat die "Grundgesetz für die BRD" genannte Verfasssung. Der Anspruch des Grundgesetzes auch für die später gegründete DDR, und die sogenannten Ostgebiete rechtsverbindlich zu sein, wurde schon in der Präambel erklärt, und in mehreren Artikeln ausgeführt (siehe Kasten).

Faschistische Propaganda

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wird von vielen faschistischen und reaktionären Organisationen für ihre Propaganda benutzt. Wir haben hier die NPD, die Notverwaltung des Deutschen Ostens der Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer (NDO) (1), die FAP (2), swie die örtliche Burscher chaft Hamburg (OBH) (3) als Beispiel genutzt.

Die "Rechtsansprüche" der NDO

In der Abbildung, die einem Flugblatt der NDO entnommen ist, kann man die Auslegung des Grundgesetzes durch die NDO deutlich erkennen. Die NDO beruft sich auf die UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen vom 27. November 68, in der die "Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Okkupation" zum nichtverjährenden Verbrechen erklärt wird (4). Damit das rechte Weltbild nicht angegriffen wird, ist diese Aussage gleich genauestens erklärt worden:

"Anders war die Rechtslage z.B. in weiten Teilen Afrikas, vor allem im mittleren und südlichen Afrika waren die Europäer nicht nur als Eroberer gekommen,... In Südafrika trafen die ankommenden Europäer auf ein fast ganz unbevölkertes Land. In anderen Teilen Afrikas war das Land durch ständige Stammeskriege, in Ostafrika durch arabische Sklavenjäger weitgehend entvölkert, so daß die ankommenden Europäer sehr oft von eingeborenen Stammeshäuptlingen oder Fürsten, den damaligen dortigen rechtmäßigen Regierungen, als Schutzmächte und Verbündete gegen feindliche Erobervölker in die noch sehr dünn besiedelten Gebiete rufen worden waren."(5)

Um ihre nach UNO-Konventionen und Grundgesetz als"rechtmäßig" erkannten Ansprüche geltend zu machen schreckt die NDO vor keiner Frechheit zurück: Als die Polnische Regierung im März 82 ein Gesetz erließ, das den Bauern die Möglichkeit gab, Land zu erwerben, rief die NDO zu folgender Aktion auf:

"Die Bundesregierung und die Bonner Parteien werden in dieser Hinsicht nichts unternehmen; sie werden die polnische Regierung nicht auf die Unrechtmäßigkeiten ihres neuen Gesetzes, soweit es die deutschen Ostgebiete betrifft hinweisen, und auch nicht durch geeignete Mittel das polnische Volk über die hier besteh-de Rechtslage aufklären. Die ostdeutschen Grundeigentümer und Geschädigten müssen also diese Aufgabe selbst übernehmen. Und zwar müssen die einzelnen Gemeinden in Ostdeutschland und, soweit bekannt möglichst auch recht viele der dort bereits wohnenden und auf landwirtschftlichen Betrieben wirtschaftenden Polen angeschrieben und über die hier bestehende Rechtslage aufgeklärt werden."(6)

Damit soll erreicht werden, daß

"keine neuen Hindernisse für die nach unserem Grundgesetz anzustrebende Wiedervereinigung Deutschlands (einschließlich Ostpreußens, Schlesiens, Pommerns usw.) aufgerichtet werden".(7)

Die neo-nazistische FAP und der "Wille des Volkes"

Notverwaltung des Deutschen Ostens

Generalsekretariat: Blocksberg 27, 2300 Kiel, Tel. 04 31/55 22 42

Deutschland in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen



Unter dem Titel "Keine Einheit Europas ohne die Einheit Deutschlands" verbreitete die FAP ein Flugblatt zum 17. Juni 1953. Neben einem Bild der "abgetrennten Gebiete" wird die Präambel des Grundgesetzes wie folgt zitiert:

"Der Wille unseres Volkes und der Toten vom 17. Juni 1953 wurde von den Bonner Parteien eindeutig verraten, obwohl im Grundgesetz der BRD steht: "das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. "(8)

Da die FAP "die Schnauze voll von Augenwischerei" hat, sagt sie auch gleich was sie erwartet:

"Wenn Deutschlands Arbeiter sich erheben, werden Kreml und Wallstreet erbeben."(9)

Das "Wiedervereinigungsengagement" der Burschenschaften

Ebenfalls in einem Flugblatt zum 17. Juni 53 verbreitete die OBH folgende Forderungen:

"Wir wollen an diesem Tag durch unser Gedenken die Verbundenheit mit den in Unfreiheit lebenden Deutschen und deren Bekenntnis zur nationalen Einheit ausdrücken. Wir fordern, daß in Zukunft von den Parteien und besonders von der Bundesregierung der Tag der deutschen Einheit mit mehr Respekt behandelt wird, und sie ihr Engagement für die deutsche Wiedervereinigung verstärken."(10)



und weiter

"Der 17. Juni ist ein deutscher Gedenktag, ein Tag, um sich an den nationalen Auftrag, wie ihn das Grundgesetz gebietet, zu erinnern. So wollen wir ihn auch beibehalten un begehen."(11)

Hier wird sehr deutlich wie wenig sich revanchistische Propaganda von Reaktionären und Faschisten unterscheidet. Gerade durch diese, von den Reaktionären in den letzten Jahren verstärkte, Propaganda, wird den Faschisten die Möglichkeit gegeben ihre aggressiven Ziele in breiteren Teilen der Bevölkerung bekannt zu machen, und für sie zu werben.



Die NPD und das "Deutsche Reich

In ähnliche Richtungen denkt auch die NPD.

"...Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrheit des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in den Vertreibungsgebieten, in Mitteldeutschland und für die Reichshauptstadt Berlin."(12)

"Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen, die Sieger haben es lediglich untereinander in Besatzungsgebiete aufgeteilt. Deshalb ist die Mindestforderung: Deutschland in den Grenzen von 1937 (den Grenzen von Versailles) einschließlich des Sudetenlandes, das durch einen völkerrechtlich gültigen Vertrag deutsches Staatsgebiet wurde."(13)

Da dieses nur die "Mindesforderungen" der NPD sind, und da nach Ansicht der NPD das deutsche Reich nicht untergegangen ist, kann man sich an allen fünf Fingern abzählen welche weitergehenden Forderungen noch gestellt werden und wie dann die Einlösung derselben aussehen wird. Wes Geistes Kind diese Forderungen sind, zeigt am besten folgende Außerung der NPD zum Münchener Abkommen:

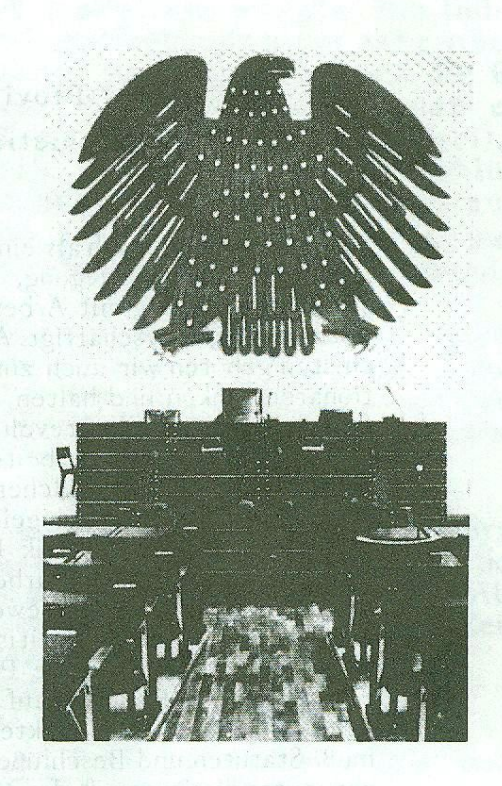
"Am 29. September 1938... wurde in München zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritanien und Italien das Münchener Abkommen geschlossen. Es war der Höhepunkt der außenpolitischen Erfolge Adolf Hitlers im Kampf um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrecht der Deutschen... Es gehört zur deutschen Tragödie das dieses Abkommen selbst von Deutschen als "Unrechtsabkommen" bezeichnet wird, obwohl es nichts anderes als ein sieg des auch für uns Deutsche geltenden Selbstbestimmungsrechts war."(14)

Was dieser Höhepunkt für das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker bedeutete ist allen bekannt: er hat ca. 50 Millionen Menschen das Leben gekostet. Während von den Reaktionären keiner das Münchener Abkommen als Grundlage seiner Politik sieht – es wird als nicht verbindlich angesehen –, wird von ihnen allerdings nicht die Ungültigerklärung des selben betrieben. So überläßt man die Propaganda für die Wiedereinsetzung des Münchener Abkommens den Faschisten, um so immer auf deren Forderungen zu verweisen, und die eigenen als nichtrevanchistisch darzustellen. Den Reaktionären ist dabei natürlich klar, daß sie sich zu gegebener Zeit immer noch an das Münchener Abkommen und dessen Konsequenzen erinnern können, um ihre Gebietsansprüche zu legitimieren und durchzusetzen.

Anmerkungen

(1) Die Notgemeinschaft des Deutschen Ostens ist Mitglied des freiheitlichen Rates von Nationalzeitungs-Herausgeber Dr. Frey
(2) Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei ist die Nachfolgeorganisation von Kühnens ANS/NA
(3) Die OBH ist der Verband aller an der Universität Hamburg studierenden Burschenschaften
(4) Anzeiger der NDO, Mai/Juni 82, Seite 1
(5) ebenda, Anmerkung Seite 2
(6) ebenda, Seite 4 und 5
(7) ebenda, Seite 5
(8) Flugblatt der FAP Hamburg zum 17. Juni 84
(9) ebenda
(10) Flugblatt der OBH zum 17. Juni 84
(11) ebenda
(12) "Düsseldorfer Programm" der NPD von 1973
(13) Vertrauliche Anweisung der NPD für Diskussionen, Musterantwort Nr. 6
(14) "Deutsche Stimme" Nr. 9/1978





Auszüge aus der Präambel und den Artikeln 23, 116 sowie 146 des Grundgesetzes

Präambel:
"...Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken untersagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Artikel 23:
"... In anderen Teilen Deutschlands ist es (das Grundgesetz, anm. der Autoren) nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Artikel 116 (1):
"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat."

Artikel 146:
"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Provisorische Plattform der Anarchistischen Arbeiter-Union (AAU)

I

Die AAU versteht sich als ein Teil der anarchistischen Bewegung, der sich schwerpunktmäßig mit Arbeiter- und Betriebspolitik beschäftigt. Als Anarchisten gehören wir auch zur revolutionären Linken und halten es daher für wichtig, mit allen revolutionären Kräften zusammenzuarbeiten. Alle Anarchisten, gleich welcher Strömung, sind zur Mitarbeit eingeladen, sofern sie an unserer Politik Interesse haben. Alle Ortsgruppen arbeiten autonom, sie entscheiden jeweils aufgrund ihrer speziellen politischen Situation. Die provisorische Plattform ist kein starrer Rahmen, auf den sich jedes Mitglied in allen Punkten stellen muß. Statuten und Beschlüße von sogenannten "Leitungen", denen sich jedes Mitglied unterwerfen muß, lehnen wir als unanarchistisch ab.

II

Der Bankrott der Gesellschaftssysteme in Ost und West zeigt sich heute mehr denn je in der Unterdrückung des Großteils der Menschen, vor allem in der "3.Welt", und in der drohenden Vernichtung aller Lebensgrundlagen auf der Erde, sei es durch den ökologischen Kollaps oder einen alles zerstörenden Weltkrieg.In Westdeutschland steigt die Massenarbeitslosigkeit, verarmen ganze Gesellschaftsschichten, sterben die Wälder und werden die letzten Grünflächen zubetoniert. Der einzelne Mensch verkommt zu einer machtlosen Schraube im System, entfremdet von sich selbst und von der Natur, ist nicht mehr als Kanonenfutter oder bestenfalls Werkzeug der herrschenden Kreise. Der Staat ist bestrebt, durch immer stärkere Kontrolle des Einzelnen das reibungslose Fun ktionieren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sichern. Außerdem werden die Vorbereitungen für einen neuen imperialistischen Krieg vorangetrieben.

III

Das bestehende Gesellschaftssystem ist eine durch Gewalt aufrechterhaltende, künstlich geschaffene "Ordnung". Es basiert auf der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Unterordnung des Volkes und findet einerseits im sogenannten Eigentumsrecht – dem Monopol des Besitzes –, andererseits im Staat – dem Monopol der Macht –, seinen wesentlichen Ausdruck. Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft ist das Gewinnstreben. Der einzelne hat keinerlei Einfluß auf Gang und Gestaltung der Produktion und die Verteilung der von ihm produzierten Waren. Die Befriedigung der Bedürfnisse Aller muß zurücktreten hinter den Profitinteressen der Besitzenden. Das System eignet sich Wissenschaft und Forschung an, um sie für seinen Zweck zu verwerten und zu benützen. Systematische Manipulation zielt darauf ab, den Geist und die Kreativität der Individuen ökonomischen Erfordernissen des Kapitalismus anzupassen. Der Alltag ist das Gefängnis der Neuzeit, grau in grau, die "Wiederkehr des ewig Gleichen": Trabantenstädte, Beton, geregelte Arbeit und geregelte Freizeit, Selbstmorde, sexuelle Frustation, Überwachung, usw., sind nur Ausdrücke dieses Phänomens. Daran ändern auch Phrasen wie "Freiheit", "Selbstbestimmung" und "Wohlstand" nichts. Die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Resourcen und die wachsende Umweltzerstörung sind Folgen eines Profitstrebens, das letztendlich die gesammte Natur und damit den Menschen vernichten wird.

IV

Die in den letzten Jahren vom System betriebene Integrationspolitik hatte zum Ziel die Verschleierung der objektiven Klassengegensätze, um fort-

schrittliche Kräfte zu binden, zu neutralisieren und für die Zwecke des Staates einzuspannen. Daß dies zum großen Teil gelungen ist – z.B. die Entstehung einer grünen Partei – zeigt die Schwäche der revolutionären Linken, die realen Verhältnisse bewußt zu machen. Die Gewerkschaften sind zum integralen Bestandteil des Systems verkommen, sie fungieren als Puffer zwischen Lohnabhängigen und Herrschenden. Sie gaukeln den Arbeitern vor, deren Interessen zu vertreten und führen Scheinkämpfe um Lohnprozente – also um den **Anteil** der Produzenten am Profit der Kapitaleigner –, sie preisen betriebliche Mitbestimmung an, statt für die Selbstbestimmung der Arbeiter zu kämpfen.

V

Wir Anarchisten sind libertäre Sozialisten: Wir streben eine freiheitliche, solidarische und herrschaftslose Gesellschaft an, die der natürlichen Lebensweise der Menschen entspricht. Das kann nur durch eine **soziale Revolution** erreicht werden. "Wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten", wir glauben nicht an der unausweichlichen Untergang der Welt, sondern nehmen jetzt den Kampf um Befreiung auf. Der erste Schritt zu einer anarchistischen Gesellschaft ist die Beseitigung der bestehenden Verhältnisse. Nur wenn es dabei keine selbsternannten "Führer" gibt, sondern die Revolution von allen Unterdrückten gemeinsam gemacht wird, kann sie eine wirklich herrschaftsfreie Gesellschaft hervorbringen. Während wir zur Zerstörung der bestehenden Gewaltordnung jedes geeignete Mittel anwenden, ist das Mittel des Aufbaus sowie das Endziel die ANARCHIE.

VI

– Wir Anarchisten erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer und die Organisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des **freien Kommunismus.** Dies bedeutet die Schaffung von sozialen und ökonomischen Strukturen "von unten nach oben" auf der Grundlage autonomer Föderationen von Kommunen und Wirtschaftszweigen, ohne Bürokratie und Regierung.

– Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist, verwerfen wir jede Art von "Verstaatlichung", die nur zu einer anderen Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, der in einigen östlichen Staaten auch als "Sozialismus" propagiert wird, nie aber zum Sozialismus führen kann.

– Aus diesem Grunde streben wir als Anarchisten nicht die Eroberung, sondern die radikale Beseitigung jeder politischen Macht an, als erste Vorbedingung zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist aufs engste verknüpft mit der Herrschaft des Menschen über den Menschen, so daß das Verschwinden des einen jeweils zum Verschwinden des anderen führen muß.

– Als prinzipielle Gegner des Staates verwerfen wir jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den "gesetzlichen" Körperschaften, da wir wissen, daß auch das freieste Wahlrecht die objektiven Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mindern kann und daß das ganze parlamentarische Regiment nur den Zweck hat, dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des "Rechts" zu verleihen (den Sklaven veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken).

– Wir sind Gegner jeder institutionalisierten Kirche und wenden uns gegen die Religionen, die den Zweck haben, die Menschen in geistiger Unmündigkeit zu halten und ihnen den Glauben beibringen, die bestehenden sozialen Zustände seien Ausdruck eines höheren "göttlichen" Willens.

– Wir kämpfen gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Naturgüter und

Rohstoffe, sowie gegen zerstörerische Eingriffe in die natürlichen Kreisläufe, ohne allerdings jede Form der Technik, die auch zum Nutzen Aller eingesetzt werden könnte, zu verwerfen.

– Wir verstehen uns als Teil der weltweiten revolutionären Bewegung und sind deshalb solidarisch mit allen revolutionären Befreiungsbewegungen, die – wie wir – vor Ort gegen Unterdrückung und Imperialismus kämpfen.

– Soziale Emanzipation bedeutet auch vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir sehen in jeder Verbindung zwischen Menschen, die lediglich durch eigennützige Interessen diktiert wird, eine besondere Form der Prostitution. Alle Verbindungen zwischen Menschen sollen freiwillig eingegangen und auch feiwillig wieder gelöst werden können, ohne Lenkung und Maßregelung von außen.

– Als Gegner jeder Herrschaft streben wir im "Bereich der Erziehung" die ungehinderte Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes an. Frei von moralischen und von den eigenen Interessen der "Eltern" am Kind geleiteten Zwängen, soll es sein persönliches Verantwortungsgefühl und ein lebendiges Bewußtsein der Solidarität entwickeln können.

– Aus dem Bewußtsein heraus, daß Kriminalität im Prinzip auf psychische d.h. soziale Problematik zurückzuführen ist, sind wir Gegner jeder Art von Gefängnissen, Heimen oder psychatrischen Verwahranstalten, in denen heutzutage für das System unbrauchbares "Menschenmaterial" ausgesondert und isoliert ist. Die Mentalität der heutigen "Wegwerfgesellschaft" und der menschenverachtende Charakter des System zeigt sich hier am deutlichsten, wo nicht nur "die Spreu vom Weizen getrennt" wird, sondern auch Systemgegner auf unmenschlichste Weise ausgeschaltet und brutal vernichtet werden, z.B. durch "moderne" Folter wie Hochsicherheitstrakte, Isolationshaft u.ä.

– Angesichts der fortschreitenden Kriegsplanungen, der ständigen Kriege und Interventionen in Ländern vor allem der "3.Welt" treten wir allenorts diesen Bestrebungen direkt entgegen, verfallen jedoch nicht einem nur einzelne Auswirkungen sehenden bürgerlichen Pazifismus, sondern streben die Vernichtung des Militarismus und des ihn tragenden Systems an. Der Krieg muß gegebenenfalls durch den Aufstand breiter Volksschichten, durch einen Generalstreik und das rechtzeitige "Umdrehen der Gewehre" verhindert werden.

– Wir lassen uns nicht auf die Zukunft vertrösten, sondern leben HIER UND JETZT, und dies je intensiver, je mehr wir mit allen verfügbaren Mitteln in den "Arsch der Schweine" treten können, um soviel Freiheit und Wohlstand zum Nutzen eines jeden zu erobern, als wir vermögen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

(Losung der ersten Internationale)

Anarchistische Arbeiter-Union

Postlagerkarte Nr. 073396 A, 8000 München 34

Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM:
ALLES WIRD GUT! wird von der FREIEN ARBEITER-UNION/RÄTEKOMMUNISTEN herausgegeben. V.i.S.d.P.: Peter Kratzheller. Zuschriften und Bestellungen an: Postlagerkarte A 058 133, 2000 Hamburg 50.
Auflage 1500, Eigendruck, Erscheinungsort Hamburg
Namentlich gekennzeichnete oder als Dokumentation ausgewiesene Artikel geben nicht die Meinung des Presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Die gute Gesellschaft denkt darum nicht
abstrakt, weil es zu leicht ist

Hegel